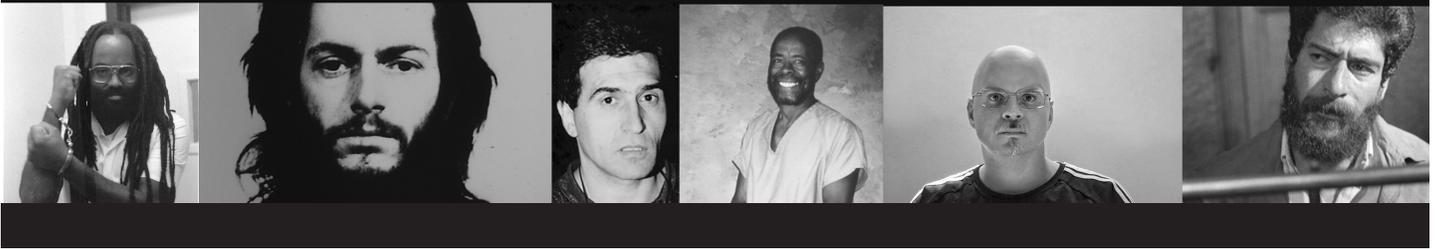


# FREIHEIT FÜR ALLE REVOLUTIONÄREN LANGZEITGEFANGENEN!



## SCHWERPUNKT:

### > REVOLUTIONÄRE LANGZEITGEFANGENE

political-prisoners.net

Seit einigen Ausgaben begleitet uns der aktuelle Fall von Georges Ibrahim Abdallah, der auch nach 29 Jahren Haft nicht aus der Haft entlassen wird, da er weiterhin in seiner revolutionären Identität ungebrochen ist. Mit einem Blick in die Gefängnisse dieser Welt zeigt sich, dass dies kein Einzelfall ist, sondern Beispiel einer Klassenjustiz, die überall auf der Welt revolutionäre Gefangene aufgrund ihrer ungebrochenen Identität nicht aus ihren Kerkern entlässt, sondern diese als Geiseln ihres Systems weiterhin gefangen hält. Wir möchten mit diesem Schwerpunkt einen Blick auf diese Systematik werfen, einige Beispiele für diese aufzählen und damit auch eine Verbindung zu den internationalen Aktionstagen für Georges Ibrahim Abdallah am 05. und 06. Juli herstellen.

Zunächst möchten wir auf einige revolutionäre Gefangene aus anderen Ländern eingehen, um daraus dann die allgemeine Tendenz abzuleiten.



#### GEORGES, MARCO, ARENAS...

In Frankreich ist **Georges Ibrahim Abdallah** seit 29 Jahren weggesperrt. Sein Fall ist in den letzten Ausgaben bereits veröffentlicht worden. Um es kurz zusammenzufassen: Er wird verdächtig Mitbegründer der FARL zu sein und wurde wegen der Tötung eines US-Attachés zu lebenslanger Haft verurteilt. Nach dem Ende seiner offiziellen Haft wurde er mit Hilfe einer Art „Sicherungsverwahrung“ weiterhin inhaftiert. Seine Anträge auf Haftentlassung werden in letzter Instanz immer mit seiner ungebrochenen Identität abgelehnt und dass er durch seine Freilassung zu einem Symbol des Widerstands im Libanon werden würde.

Mit internationalen Aktionstagen wurde und wird immer wieder auf seinen Fall aufmerksam gemacht. Georges agiert auch aus dem Knast heraus auch weiterhin als Revolutionär, führt Hungerstreiks durch und verhält sich solidarisch.

**Marco Camenisch** befindet sich seit 1991 ununterbrochen in Haft.

Hintergrund sind Sabotageaktionen an Anlagen der Atomlobby aus dem Jahr 1979. Marco und andere verübten u.a. Sprengstoffanschläge auf Hochspannungsmasten der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK). Kurz darauf, im Januar 1980, wurde Marco zusammen mit einem Mitstreiter verhaftet und wegen Sachbeschädigung an einem Hochspannungsmasten der NOK zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Keine zwei Jahre später konnte Marco mit 5 Mitgefangenen aus der Strafanstalt Regensdorf (Zürich) fliehen. Dabei wurde bei der Flucht ein Wärter erschossen und ein weiterer verletzt. Bis zu seiner Verhaftung galt Marco zu den meistgesuchten Personen der Schweiz.

Erst im November 1991 wurde Camenisch von der italienischen Polizei in der Toskana verhaftet. Bei der Verhaftung kam es zu einem Schusswechsel, bei dem ein Polizist leicht und Marco schwer verletzt wurde. 1993 wurde Marco von einem italienischen Gericht wegen schwerer Körperverletzung und wegen Anschlügen auf Strommasten zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Darüber hinaus wurde einem Auslieferungs-Gesuch der Schweizer Behörden zugestimmt. Er sollte aber erst nach „Teilverbüßung der Strafe“ ausgeliefert werden.

Am 18. April 2002 wurde Camenisch an die Schweiz ausgeliefert, wo ihn eine Reststrafe aus den 80ern von 8 Jahren, ein Haftbefehl im Zusammenhang mit der Flucht aus Regensdorf und ein weiterer wegen dem Verdacht der Tötung des Grenzwächters erwartete. Zunächst wurde Marco 2004 zu einer Haftstrafe von 14 Jahren verurteilt, die vom Bundesgericht auf 8 reduziert wurde. Der zuständige Staatsanwalt beantragte gegen ihn Sicherungsverwahrung.

Wie in den letzten Ausgaben berichtet, hätte seit 2012 die Chance auf eine bedingte Entlassung bestanden, die ihm aber seither verwehrt bleibt. Begründet wird das damit, dass bei Marco „folgende Problem-bereiche gegeben“ seien:

- „1) Chronifizierte Gewaltbereitschaft
- 2) Delinquenzfördernde Weltanschauung.“

Zudem sei er intelligent und verfüge über ein großes soziales Beziehungsnetz im In- und Ausland, welches sich für ihn einsetze und ihn als Anführer im Kampf gegen den Kapitalismus sehe. Deswegen wurde die bedingte Entlassung, genauso wie Vollzugslockerungen wie Urlaub, oder offener Vollzug abgelehnt. Voraussetzungen für die Genehmigung ist die Kooperation – also das Brechen mit der eigenen Identität.

Während seiner Haftzeit hat sich Marco weiterhin an den politischen Kämpfen beteiligt, Übersetzungsarbeiten geleistet, Hungerstreiks durchgeführt und zahlreiche Kontakte gepflegt. Im „Sommer der Repression“ 2012 gegen die anarchistische Bewegung in Italien geriet Marco im Rahmen der „Operation Ardire“ abermals ins Visier der Repressionsbehörden, die ihn verdächtigsten Teil der FAI (Federazione Anarchica Informale), zu sein.

Ins Visier geriet in diesem Kontext auch **Gabriel Pombo da Silva**, der bereits über 30 Jahren seines Lebens hinter Gittern verbracht hat. Gabriel war bereits über 20 Jahre in Spanien im Knast in Spanien, teilweise im FIES-System, bevor er zusammen mit Jose Fernandez Delgado – als sie auf Bewährung waren – nach Deutschland geflohen ist. 2004 wurden die beiden verhaftet, nachdem er und 3 weitere Menschen sich versucht haben durch Flucht und einer Geiselnahme einer Polizeikontrolle zu entziehen. Die Gefangenen befanden sich

darauffin in totaler Isolation. 2005 wurde er schließlich zu 13 Jahren Haft wegen „mehrfachem versuchten Mord, Geiselnahme und Bankraub“ verurteilt. Er beteiligte sich während seiner Haftzeit an zahlreichen Debatten, solidarisierte sich mit anderen Gefangenen und führte einige Hungerstreiks durch. Anfang 2013 wurde Gabriel dann auf eigenen Wunsch nach Spanien verlegt. Zuletzt geriert er – wie bereits erwähnt – ebenfalls ins Visier der italienischen Ermittler, die ihn verdächtigen Teil der FAI zu sein. So droht ihm bis heute die Auslieferung nach Italien.

Auch in Italien sitzen zahlreiche Gefangene, v.a. aus den bewaffneten Gruppen der 60er und 70er Jahren.

In Spanien sitzen dutzende Gefangene der **PCE(r)/GRAPO/SRI** und/oder der ETA seit Jahrzehnten im Knast. Wir greifen an dieser Stelle die Gefangenen Arenas und Moreno heraus. „Arenas“ ist der Generalsekretär der PCE(r), der von 1977 bis 1985 inhaftiert war und wieder seit 2000 in spanischen Knästen gefangen gehalten wird. Als Generalsekretär der kriminalisierten PCE(r) hat er für die Klassenjustiz eine besondere Funktion. Da die PCE(r) in Spanien verboten ist (ebenso wie die GRAPO und die SRI) bedarf es keiner konkreten Vorwürfe, sondern alleine die vermutete oder vermeintlich bewiesene Mitgliedschaft reicht für eine Kriminalisierung aus. Gerade vor dem Hintergrund, dass alle in Verbindung mit der GRAPO als militärischer Arm gebracht wird.

Ähnlich gelagert ist der Fall beim Gefangenen **Moreno**, der als Gefangener der GRAPO seit 28 Jahren in spanischen Knästen verbringen musste und dabei die verschiedenen FIES Stufen durchlaufen hat.

In den USA sitzen ebenfalls Dutzende Gefangene seit Jahrzehnten hinter Gittern. Einerseits aus der Black Power Bewegung, darunter auch **Mumia Abu-Jamal** und **Sundiata Acoli** (siehe letzte Ausgabe), andererseits auch aus der **American Indian Movement**, wie z.B. **Leonard Peltier**, der seit 39 Jahren in verschiedenen Knästen der USA verbringen musste.

Auch in der BRD gibt es Gefangene, die seit Jahrzehnten eingesperrt sind. So ist **Thomas Meyer-Falk** seit 1996 im Knast weggesperrt. Eingesperrt und verurteilt wurde er wegen eines Bankraubs mit Geiselnahme. Das Geld sollte für legale und illegale linke politische Projekte organisiert werden. In den folgenden Jahren folgten weitere Verurteilungen wegen „Nötigung“, „Beleidigung“ oder „Bedrohungen“. Im Juli wird Thomas in Sicherungsverwahrung verlegt, d.h. eine Entlassung ist nicht absehbar.

## Ein Kampf um Identität...

Wie die kurzen Vorstellungen gezeigt haben eint diese Gefangene ihr Kampf für eine Welt jenseits der herrschenden Verhältnisse, auch über die legalen Grenzen hinweg und teils mit der Waffe in der Hand weswegen sie herausgegriffen und weggesperrt wurden. Sie waren und sind alle ein aktiver Teil des Klassenkampfes. Trotz der Mauern haben sie im Gefängnis ihre ungebrochene Identität behalten und sind damit gleichzeitig zum Symbol für den Widerstand außerhalb der

Knastmauern geworden.

Durch die kurze Vorstellung der Hintergründe der Inhaftierung der Gefangenen wollen wir in erster Linie herausstellen, dass die Inhaftierung bzw. das Wegsperrten über Jahrzehnte hinweg mehrere Ziele verfolgt:

### 1) Die „Bestrafung“ und „Abstrafung“ der konkret vorgeworfenen Tat.

Insbesondere militante Aktionen stehen hierbei im Mittelpunkt.

### 2) Die Einschüchterung der Bewegung

Denn der Angriff richtet sich nicht gegen die Person, sondern gegen die Bewegung. Mit einer hohen Haftstrafe sollen Exempel statuiert werden, Nachahmung verhindert werden und im besten Fall die Bewegung akut geschwächt werden

### 3) Die Geschichte im Sinne der Herrschenden zu schreiben

... durch das Wegsperrten bzw. der Verleugnung von „dissidenten“ Meinungen und der damit verbundenen Diffamierung. Dazu gehört auch eine ganz eigene Geschichtsschreibung, die Teile der Geschichte in ihrem Sinne umdeutet, umschreibt und versucht an sich zu reißen. In der BRD betrifft dies in erster Linie die Geschichte der Roten Armee Fraktion (und die der Revolutionären Zellen), in Italien, die der Brigate Rosse, in Spanien u.a. die der PCE(r), usw...

### 4) Brechung der Identität der Gefangenen

Dieser Punkt bedingt auch die anderen gesetzten Ziele. Durch den Versuch der Brechung soll ein ideologischer Erfolg über die Bewegung und den revolutionären Prozess erzielt werden. Umso bedeutender sind die Gefangenen, die sich eben nicht brechen lassen, standhaft bleiben und ihre Identität und Inhalte bis aufs äußerste verteidigen.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich mehrere Aufgaben für uns. Wir müssen den Kampf um die Freiheit von revolutionären Langzeitgefangenen als Teil eines ideologischen Kampfes aufnehmen und den Trennungsstrich zwischen uns und den Herrschenden klar ersichtlich machen, indem wir uns auf die Seite der Gefangenen stellen und die Inhalte, Hintergründe und ihre Geschichte auf die Tagesordnung bringen. Dazu gehört einerseits die authentische Vermittlung von Fakten, andererseits aber auch die Verteidigung der dazugehörenden Inhalte.

Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die Gefangenen der deutlichste Ausdruck im Verhältnis von Revolution/Konterrevolution sind und wir ihnen in diesem Sinne auch unsere Solidarität zukommen lassen müssen. Wir haben von keinem Staat zu erwarten, dass sie den Revolutionären die Freiheit „schenken“. Wir müssen sie erkämpfen – für sie, für uns, für unsere Klasse.

**Daher: Beteiligt euch an den Aktionstagen zu Georges Ibrahim Abdallah am 05. und 06. Juli. Thematisiert andere revolutionäre Langzeitgefangene!**

**Die Gefangenen sind unsere Würde!  
Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

# HUNGERSTREIK-ERKLÄRUNG VON MARCO CAMENISCH UND ANDREA STAUFFACHER

„I WILL NOT REGRET, I WILL NOT COMPROMISE, AND I WILL KEEP RESISTING“

GEORGES IBRAHIM ABDALLAH

Wir unterstützen den Aufruf zu den internationalen Aktionstagen vom 5./6. Juli 2013 in Solidarität mit Georges Ibrahim Abdallah zusammen mit zehn politischen Gefangenen der Organisation La Voie Démocratique basiste aus Marokko, Kostas Gournas (Revolutionärer Kampf) und einem Gefangenen des 17. November (beide Griechenland). Thomas Meyer-Falk hat bereits im Vorfeld der Aktionstage seine Grussbotschaft geschickt. Zwei politische Gefangene der PC p-m haben ihre Solidaritätserklärung mit der Aktion geschickt.

Wir, Marco Camenisch und Andrea Stauffacher, werden zwischen

dem 30.6. und 7.7. in den Hungerstreik treten.

**Hier unsere Erklärung dazu:**

Die Situation von Georges Ibrahim Abdallah steht für diejenige vieler revolutionärer Gefangenen, die seit Jahrzehnten ungebrochen sind und trotz abgelaufener Strafe nicht entlassen werden. Georges wurde 1984 in Lyon als libanesischer Kämpfer der Fraction Armée Révolutionnaire Libanaise verhaftet und 1987 zu lebenslanger Haft verurteilt. Vor 14 Jahren lief seine Haftzeit ab. Seine Freilassung wussten die französischen Gerichte aufgrund von immer stärkerem Druck durch die USA und Israel bis heute zu verhindern. Ein Auszug

aus einem Geheimpapier:

„Er würde bei der Rückkehr in sein Land wie ein Held gefeiert, auch durch verschiedene Bewegungen, die den revolutionären Kampf führen. Er darf nicht auf das Schlachtfeld zurückkehren.“

Ein Schlachtfeld, auf dem die imperialistischen Mächte herbe Schläge versetzt bekommen. Die Niederlagen in Irak oder Afghanistan führten die USA zu einer Veränderung ihrer Kriegsstrategie. Weg von der offenen militärischen Intervention hin zur Aufrüstung von Stellvertreterkriegen, selbst die Taliban oder die Al-Kaida sind willkommen. Militärbasen in Europa wie Sigonella (Italien) oder Stuttgart (Deutschland) werden aufgerüstet, von dort aus werden unbemannte Drohnen als Killermaschinen eingesetzt, gigantische Überwachungssysteme zu legitimen Schutz erklärt, Gewalt systematisch nur in Zusammenhang mit sozialen Revolten und revolutionären Kämpfen thematisiert, Kriege als Friedenseinsätze und Staatsterrorismus als Demokratieschutz definiert.

Georges „darf nicht auf ein Schlachtfeld zurück“, auf dem sich die verschärfende Krise, die inneren gesellschaftlichen Widersprüche explosionsartig und unberechenbar in Widerstand sozialer Revolten und revolutionären Kämpfen umschlägt, Arabischer Raum, London, Athen, Istanbul, Brasilien...

Auch Marco Camenisch soll auf kein Schlachtfeld zurück wenn es nach dem Sonderdienst des Bewährungs- und Vollzugsdienstes Vollzug 3 wie auch der Leitung des Dienstes für forensisch-psycho-

logische Abklärung ginge. Marco sei intelligent, spiele eine wichtige Rolle im Kampf gegen den Kapitalismus, habe nach all den Jahren Knast immer noch eine delinquenzfördernde Weltanschauung, eine chronifizierte Gewaltbereitschaft und gewaltlegitimierende soziale Kontakte heisst es. Voraussetzung für eine Vollzugslockerung: u.a. Bearbeitung seiner Problembereiche (Weltanschauung und Verhältnis zur Gewalt) im Rahmen einer Therapie und klare Distanzierung von seinem sozialen Umfeld.

Wie Recht hatte Georges wenn er im März dieses Jahres schrieb: „GenossInnen ihr müsst wissen, dass in dem Moment wo die bürgerliche Justiz die politische Identität eines revolutionären Gefangenen zerstört, sie nach Mitteln sucht um die gesamte kritische Auseinandersetzung mit seinem Kampf zu verhindern und uns zu kriminalisieren ... Die List ist, die Versuche kämpferischer Praxis auszulöschen, die sich seit zwei Jahrzehnten in der europäischen Zone und im Mittleren Osten entwickelt hat. Gemeinsam, GenossInnen, und nur gemeinsam werden wir siegen.“

Mit dieser Initiative wollen wir einen kleinen Beitrag zur Entwicklung der internationalen Solidarität als Waffe, die revolutionäre Beziehungen, Kontinuität und Organisierung schafft, Widerstand wie Kämpfe verbindet, gemeinsam nach vorne gerichtet entwickelt, beitragen.

Marco Camenisch  
Andrea Stauffacher

## BRIEF VON GEORGES IBRAHIM ABDALLAH VOM 18. MAI 2013:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Anfang des Jahres ging mir manchmal nachts durch den Kopf, dass bald, sehr bald sogar, nicht mehr diese scheußlichen Mauern zwischen uns liegen werden, wenn ich mich an Euch, FreundInnen und GenossInnen, wende. Ich sagte mir, dass es sehr wahrscheinlich nur noch eine Frage von wenigen Wochen sein wird, bis wir die Möglichkeit haben, uns weit weg von diesem finsternen Ort zu sehen....dass ich Euch dann Alle begrüßen und sogar fest umarmen und Eure Gesichter aus der Nähe sehen kann, Euch zuhören und mit Euch sprechen kann, ohne irgendwelche Tricks anzuwenden, mit denen ich versucht habe, den Bedingungen der Gefangenschaft ein wenig zu entkommen.

Selbstverständlich habe ich mir auch gesagt, dass wir genügend Zeit hätten zum diskutieren und Lehren aus den Solidaritätsinitiativen zu ziehen, die ihr über die langen Jahre meiner Gefangenschaft habt entwickeln können.

Wie viele andere GenossInnen und FreundInnen habe ich die verschiedenen Botschaften, „Ratschläge“ und andere Ansinnen, die an die Behörden meines Landes gerichtet waren, besonders aufmerksam verfolgt.

GenossInnen, ab Mitte Februar ließen die Manöver der französischen Regierung keinen baldigen positiven Ausgang mehr vermuten.

Nach mehreren Monaten Unentschlossenheit hat die Regierung einen Schnitt gemacht: es komme nicht in Frage, Abdallah raus zu lassen.

Und natürlich stehen die Richter des Kassationsgerichts immer parat, um die Entscheidung zu kaschieren und zu billigen ..... und die lapidaren Formeln gehen ihnen mit Sicherheit nie aus: „...der Antrag auf Freilassung ist nicht zulässig...“. Und so lautete ihr Urteil vom 4. April.

Ihr wisst bestimmt, Genossinnen und Genossen, dass in den letzten Monaten überall Solidaritätsinitiativen entstanden sind, hier in Frankreich und auch andernorts und vor allem im Libanon ....., und immer im legalen Rahmen der in den jeweiligen Ländern geltenden Gesetze. Trotzdem, oder vielleicht deswegen, haben die direkt betroffenen imperialistischen Behörden es für besser gehalten, das Urteil des Strafvollzugsgerichtes und auch das Urteil des Appellationsgerichtes aufzuheben und mich weiterhin in den Kerkern der Republik festzuhalten.

Wie immer meinen diese kriminellen reaktionären Behörden, dass alles mit der Zeit nachlässt, sich erschöpft und vielleicht verschwindet. Aber sie irren sich und haben sich in diesem Punkt immer schon geirrt. Und die Tatsachen liegen auf dem Tisch, so hartnäckig, dass man sie nicht außer Acht lassen kann. Seit so vielen Jahren sitzen mehrere Tausende in den zionistischen Kerkern und ihr Widerstand ist, genährt durch die unerschöpfliche solidarische Eigendynamik der Bevölkerung, immer noch ungebrochen.

Genossinnen und Genossen, wie ihr wisst, wird in diesen Tagen der Nakba von 1948 gedacht. Sie ist allgegenwärtig, eine klaffende Wunde....., eine Wunde, die immer noch blutet - ein ganzes Volk ist damit verknüpft. Sie ist überall und in Allem. Sie ist Flüchtlingslager und Elendsgassen und Massaker und Terror und ständige Erniedrigung. Sie ist die Alten und die weniger Alten, die ein ganzes Leben auf die Stunde der Rückkehr warten und dabei voller Zärtlichkeit die alten Schlüssel in den Händen halten, die bis zum heutigen Tag vom Vater an den Sohn weitergegeben werden....., sie ist das Verbrechen, das vor den Augen der Welt wiederholt wird. Die Imperialisten von überall haben sich daran beteiligt und unterstützen weiterhin, auf die eine oder andere Art, die Beraubung und die Zerstörung eines ganzen Volkes.

Wie ihr seht, liebe Genossinnen und Genossen, ist die Nakba weit entfernt davon, ein schmerzhafter Moment zu sein, der der Vergangenheit angehört, dessen man aus Respekt vor den Ahnen gedenkt. Sie ist der gelebte Alltag eines ganzen Volkes. Aus ihrem Schoss kommen ganze Kolonnen von Fedayin und die Kinder der Intifada. Sie ist das alltägliche Palästina.

Genossinnen und Genossen, einst sagte Ben Gurion wie alle reaktionären Kriminellen der 40er Jahre, zu denen, die ihn vor der palästinensischen Revolution warnten. „... auch Sachen wie diese altern mit der Zeit, und enden damit, dass sie sterben und verschwinden.“

Aber sechs Jahrzehnte später ist Palästina immer noch da, genauso lebendig und widerständig. Die Entschlossenheit der palästinensischen Volksmassen ist unerschütterlicher denn je, trotz des Terrors und trotz aller erdenklichen Scheußlichkeiten. Auch die palästinensischen Gefangenen sind trotz der langen Jahre immer noch da. Ihren Kerkermeistern stehen sie aufrecht gegenüber und verkörpern den heldenhaften Widerstand Palästinas und beweisen allen Ben Gurions, dass Palästina nicht nur leben, sondern sicher auch siegen wird.

Solidarität ist eine Waffe, Genossinnen und Genossen, nutzen wir sie gut!

Mit Sicherheit begegnet man ihrer kriminellen Verbissenheit nicht damit, dass man hie und da nach juristischen Tricks sucht, sondern eher dadurch, dass man unerschütterliche Entschlossenheit im Kampf gegen ihr kriminelles imperialistisches System beweist.

**Nieder mit dem Imperialismus und seinen zionistischen Kettenhunden und anderen arabischen Reaktionären!  
Ruhm den kämpfenden Massen!  
Ehre den Märtyrern!**

**Gemeinsam, Genossinnen und Genossen, und nur gemeinsam, werden wir siegen!**

Ich grüße Euch alle von ganzem Herzen  
Euer Genosse Georges Ibrahim Abdallah

# wir sind alle §129

## Zu den Razzien am 22. Mai in Berlin, Magdeburg und Stuttgart -

political-prisoners.net

**„(...) Die Befreiungsperspektive des (weltweiten) Kommunismus muss Etappe für Etappe erkämpft werden, und wenn wir ganz genau hinschauen, funkelt sie bereits am Horizont...“  
(RAZ- Zelle Mara Cagol; Radikal Nr. 163)**

Während der Kapitalismus sich weiter in jeden Winkel der hiesigen Welt ausbreitet, Menschen unterdrückt und ausbeutet, ganze Bevölkerungsteile bombardiert und verhungern lässt, stehen Menschen auf um Widerstand gegen diese unmenschlichen Verhältnisse zu leisten. Auf der ganzen Welt ist die Tendenz der sozialen Veränderung spürbar, die unterdrückten Menschen entwickeln sich zum Subjekt der eigenen Geschichte, bei der die jetzigen Machtverhältnisse nicht länger akzeptiert werden. Die Antwort der Herrschenden ist brutal: (Bürger-) Krieg, wirtschaftlichen Sanktionen und eine ganze Reihe von Repression und Kriminalisierung. Die ganze Welt befindet sich in einem Kriegszustand, der hauptsächlich von den NATO Staaten, allen voran den USA, und den Ländern der europäischen Union geführt wird. Es ist ein Krieg gegen die Menschheit, vor allem gegen die Selbstbestimmung der Völker. Es ist ein Krieg, bei dem täglich tausende Menschen für die Interessen des Kapitals sterben. Auch die BRD beteiligt sich an diesem weltweiten Machtkampf, sei es durch Waffenlieferungen in allen Ländern dieser Welt, durch direkte Kriegsbeteiligung wie bspw. in Afghanistan oder Kosovo und durch Kriegsvorbereitungen im eigenen Land auf dem modernsten Truppenübungsplatz in der Colbitz-Letzlinger Heide. Doch dieser Krieg nach Außen geht auch einher mit dem Krieg nach Innen. Für die Expansion des deutschen Kapitals ist es unabdingbar im eigenen Land Ruhe zu haben und das gerade dann, wenn der kapitalistischen Krisenbewältigung in den angrenzenden Staaten mit Widerstand geantwortet wird. Spätestens mit der Einführung der sog. „Antiterrorgesetzen“ nach dem 11. September 2001 wurde auf politischer und juristischer Ebene dafür gesorgt, gegen „Unliebsame“ mit voller Härte vorzugehen und bestehende Gesetze weiter auszubauen. Dabei stellen besonders die Schnüffelparagrafen 129, 129 a, 129 b StPO für die staatlichen Behörden ein ursprünglich aus der Kaiserzeit stammendes und seitdem kontinuierlich ergänztes Werkzeug dar. Sie werden seither traditionell besonders gern und häufig gegen Gruppen zum Einsatz gebracht, welche die Legitimität der herrschenden Verhältnisse in Frage stellen und für ein fortschrittlicheres Gesellschaftssystem kämpfen.

### Die Razzien...

In diesem Zusammenhang kam es am 22. Mai 2013 zu bundesweiten Razzien gegen vermeintliche Mitglieder der „Revolutionären Aktionszellen“. Dabei gab es in Berlin, Magdeburg und Stuttgart 21 Hausdurchsuchung gegen 9 Personen im Zuge der Ermittlungen wegen „Mitgliedschaft in und Bildung einer kriminellen Vereinigung“ (§129). Durchsucht wurden neben privaten Wohnräumen auch Arbeitsstellen und Vereinsräumlichkeiten. Die Beamten stürmten, in den meisten Fällen maskiert, um 6 Uhr früh die Objekte, zerstörten teilweise Eingangstüren, fesselten die Betroffenen und durchsuchten einige der Räume mit Hilfe eines Sprengstoffspürhundes. Im Zuge der Razzien, durchgeführt von Beamten des BKA (Bundeskriminalamt) und LKA (Landeskriminalamt) und angeordnet vom Generalbundesanwalt, wurden nachdem sie die Wohnungen durchwühlt hatten, u. a. Bücher, Speichermedien, PCs, Handys, Zeitschriften, Notizen und ähnliches beschlagnahmt. Die Durchsuchungen dauerten zwischen 3 bis 11 Stunden und im Anschluss wurden einige der Beschuldigten noch erkennungsdienstlich behandelt.

Ein Beschuldigter wurde nach den Razzien von der Klassenjustiz aus dem offenen Vollzug in die JVA Berlin Hakenfelde verschleppt. Olli R., der 2009 wegen angeblicher Mitgliedschaft in der „Militären Gruppe“ wegen Brandstiftung an Bundeswehr-LKW's zu 3 Jahren

Haft verurteilt wurde, hat für den 20. Juli 2013 einen Antrag auf 2/3 Strafe gestellt. Er stand somit fast vor dem Ende seiner Haft. Wie lange er nun inhaftiert bleibt ist momentan noch unklar. Allerdings sind seine Haftbedingungen wie die aller Gefangenen darauf ausgelegt, Kollektivität zu verhindern und Widerstand zu brechen.

Den neun Beschuldigten wird konkret vorgeworfen, den „Revolutionären Aktions Zellen“(RAZ), einer – laut Durchsuchungsbeschluss – „Nachfolgeorganisation der militanten gruppe (mg)“ an zugehören bzw. diese unterstützt zu haben. Weiterhin sollen sie bei der Herausgabe der Zeitschrift „radikal“ mitgewirkt haben, die seit 2009 von der „Revolutionären Linken“ (RL) herausgegeben wird. Die RAZ ist eine klandestine Struktur, die von 2009 bis 2011 mehrere Aktionen auf Objekte der bundesdeutschen Justiz und Wirtschaftseinrichtungen verübte. Die Radikal existiert seit 1976 und wird seither klandestin von verschiedenen Redaktionskollektiven veröffentlicht.

Natürlich wurden die bundesweiten Razzien auch von einem Medienspektakel begleitet: Zeitschriften, Fernsehsendungen und ähnliches wussten bereits vor Ende der Durchsuchungen „Neues“ zu berichten und platzierten die Nachrichten in bester Manier der Extremismuskonzeption gleich neben der Meldung, dass sich die Innenminister über „Rechtsextremismus“ unterhalten haben.

### Die politische Dimension

Die politische Brisanz und die politische Dimension der Razzien wird klarer, wenn wir uns zum Beispiel das Ringen des Verfassungsschutzes um seine politische Glaubwürdigkeit ein wenig näher anschauen. Während in München mit dem NSU der VS zwar nicht (als Institution) auf der Anklagebank sitzt, sich aber zumindest mit im Gerichtssaal befindet und die Frage nach der Sinnhaftigkeit und Bedeutung des VS - selbst in bürgerlichen Kreisen - immer größer wird, greift dieser nach jedem Strohalm der ihm geboten wird um sich vor den Augen der Medien und der Bevölkerung wieder zu rehabilitieren. Bereits kurz nach dem Bekanntwerden der Terrorzelle ist der Verfassungsschutz gestärkt und mit mehr Befugnissen aus diesem Prozess hervorgegangen. Nun geht es darum zu zeigen, dass man doch nicht völlig überflüssig ist. Deshalb nicht überflüssig, weil der Kampf gegen „Links“ seit jeher auf der Tagesordnung steht. Der VS und Polizei waren/sind an dem Aufbau und der Unterstützung des NSU von Beginn an beteiligt und es wurde deutlich, dass nach der offiziellen Auflösung der Gladiostrukturen weiterhin rechtsextreme Terrorzellen aufgebaut werden um somit der Konterrevolution im eigenen Land zu dienen. Die Strategie dahinter ist klar: Ein gesellschaftliches Klima der Spannung braucht einen „starken Staat“, um die kapitalistischen Machtverhältnisse weiter auszubauen und die Rechtsgrundlage zur Verfolgung von „kriminellen und terroristischen Strukturen“ zu intensivieren.

So gehen die Repressionsbehörden in bester „Extremismus“- Manier vor allem gegen revolutionäre Kräfte vor. Während der NSU durchs ganze Land zieht und dabei neun Mirganten ermordet, werden von der deutschen Klassenjustiz zum Beispiel Revolutionäre aus der Türkei verfolgt, inhaftiert und mit Haftstrafen, die bis zu lebenslänglich reichen (1), in den Knästen dieses Landes gesperrt. Dabei genießt gerade Beate Zschäpe Haftbedingungen, von denen Nurhan Erdem (2) nur träumen kann: Sie hat hier in der BRD jahrelang Öffentlichkeitsarbeit geleistet und gegen Rassismus gekämpft. Sie wurde für viereinhalb Jahre in Isolationshaft gesteckt.

Vor diesem Hintergrund ist diese Offensive und kommende Offensiven zu erklären, die wir unter dem Aspekt der Herrschaftssicherung

mit allen Mitteln betrachtet müssen.

Die Razzien müssen wir daher auch als Teil eines politischen Gegenstücks zum NSU-Prozess sehen, wobei es darum geht die Aufmerksamkeit vom NSU-Prozess auf „gewaltbereite Linke“ zu lenken.

Doch nicht nur das. Hinter den neuerlichen Razzien steht gleichzeitig der altbekannte Staats- und Repressionsapparat, der zur Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung, sich in erster Linie gegen Linke und revolutionäre Kräfte richtet. Die Razzien sind der neuerliche Höhepunkt der Verfolgung von revolutionärer Politik und stellt im Konkreten einen Angriff auf die linke Bewegung, aber auch auf jegliche Organisationsversuche innerhalb dieser dar. Dabei reihen sich die Razzien nahtlos ein in die Aktivitäten der Repressionsmaschinerie der letzten Jahre. Beispielhaft zu nennen sind dabei

- die §129b („Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung“) Verfahren gegen die migrantische Linke, bei denen bislang 20 AktivistInnen zu Haftstrafen verurteilt wurden. Dies richtete sich in erster Linie gegen angebliche Mitglieder der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) aus der Türkei oder gegen KurdInnen, denen die Mitgliedschaft in der PKK (Arbeiterpartei Kurdistan) vorgeworfen wird.
- das §129 Verfahren in Dresden und Umgebung gegen 20 AntifaschistInnen. In diesem Rahmen wird auch wegen des Anschlags „Operation Blaues Wunder“ ermittelt, bei dem über 40 Fahrzeuge der Bundeswehr in Flammen aufgingen
- das Verfahren gegen Sonja und Christian, das ein Musterbeispiel für die Kontinuität der Verfolgung von revolutionärer Politik darstellt, bei dem auch nicht vor Maßnahmen wie Beugehaft zurückgeschreckt wird...
- genauso wie die unzähligen Verfahren wegen sogenannter Straßendelikten, wie Auseinandersetzungen auf Demos etc. pp., deren Verfolgung sich sowohl quantitativ als auch qualitativ verschärft haben.

Vor diesem Hintergrund und mit dem Wissen um die zahlreichen Verfahren gegen Linke u.a. mit Hilfe des §129 können und mussten wir feststellen, dass es uns weder überrascht hat, noch dass es sich dabei um ein Skandal handelt. Es ist die logische Konsequenz eines Systems das auf Ausbeutung und Unterdrückung basiert und jegliche fortschrittliche Alternative aufs äußerste bekämpft wird. Denn Repression ist ein immanenter Bestandteil dieses Systems und solange dieses System existiert, wird Widerstand mit Repression beantwortet werden.

Doch nicht nur das. Da Einige von den Betroffenen im „Netzwerk Freiheit für alle politische Gefangenen“, dem „Gefangenen Info“(GI) und „Zusammen Kämpfen“ mitarbeiten, richtet sich der Angriff auch auf legale Strukturen, die seit Jahren eine kontinuierliche Arbeit zu den politischen Gefangenen organisieren. Wir müssen auch feststellen, dass die Durchsuchungen mit Voranmeldung kamen: Erwähnt seien hier ein Peilsender, der an dem Auto eines AktivistInnen von uns gefunden worden ist (3) und das Verfahren gegen das Gefangenen Info 2010 (4). Im VS Bericht 2011 für Berlin wurde dann noch nachgelegt:

*„Das Thema Antirepression hat in der linksextremistischen Szene Berlins in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Mittlerweile haben sich prägnante Strukturen herausgebildet, wie die [...] Gruppierung „Zusammen Kämpfen“ (ZK). [...] Ebenso wie die im Zusammenhang mit einer Patronenversendung erwähnten und ähnlich umstrittenen „Revolutionären Aktionszellen“ (RAZ) verfügen sie [Zusammen Kämpfen, Anm. d. Red] über eine organisatorische Schnittstelle zu dem in mehreren Bundesländern aktiven „Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen (NFG)“  
(Seite 127, VS Bericht für Berlin)*

Schon damals schrieben wir:

*„Worauf dieses Konstrukt abzielt ist klar: Es soll ein Klima der Angst erzeugt werden, um uns und andere Strukturen einzuschüchtern, in der Öffentlichkeit zu diffamieren und letztlich sich selbst die Legitimation für einen etwaigen Repressionsschlag zu liefern – egal auf welche Konstrukte zurückgegriffen werden muss.“*

(Seite 3, Gefangenen Info Nr. 370)

Wie sich gezeigt hat haben wir mit unserer damaligen Vermutung (leider) Recht behalten.

Bereits bei der Hausdurchsuchung am 6. September 2012 im Sozialen Zentrum in Magdeburg wegen „versuchten Totschlags“ wurden wir als „Gefangenen Info“ angegriffen, da dort die offizielle des Gefangenen Infos ist. Darüber hinaus gab es verschiedene Anquatsch- und Verhörversuche in und um Magdeburg und in Berlin.

Es ist ein gewollter Akt der Repressionsmaschinerie, zu versuchen militante Strukturen in der BRD zu beseitigen und gleichzeitig Basis- und Solidaritätsstrukturen zu schwächen. Dafür spricht auch der aktuelle VS-Bericht aus Hamburg von 2012, in dem es heißt:

*„Im Oktober 2012 veröffentlichte das „Netzwerk Freiheit für alle politische Gefangenen“ (Netzwerk) eine überarbeitete Fassung der Broschüre „Eine kurze Einführung in die Geschichte der RAF“. Im Vorwort beklagt das Netzwerk, dass es „leider keine authentische, zusammenfassende und solidarische Broschüre“ über die Geschichte der RAF gebe. Das Netzwerk sieht sich selbst als Teil einer revolutionären Bewegung, die von der RAF mitgeprägt worden sei. Aus Solidarität leistet das Netzwerk ..... bis heute Unterstützungsarbeit für ehemalige Mitglieder der 1998 aufgelösten RAF.“*

### Ein Angriff gegen eineN von uns ist ein Angriff gegen alle!

Der neueste Repressionsschlag verdeutlicht uns einmal mehr wie wichtig es ist Solidarität als unsere Waffe in die Hand zu nehmen und als Basis für den sich daraus entwickelnden Widerstand anzusehen. Dabei ist unser geschlossenes und gemeinsames Vorgehen ein wichtiger Faktor, um die Angriffe der Herrschenden gegen uns und unsere Strukturen entschlossen zurückzuschlagen.

*„Da die politische Gefangenschaft aus den existierenden Verhältnissen hervorgeht, d.h. die Gefängnisse die Reaktion des kapitalistischen Systems gegen den Widerstand für Gerechtigkeit sind, vertritt das Netzwerk die Auffassung, dass die Solidarität mit den politischen Gefangenen integraler Bestandteil aller politischen und sozialen Kämpfe sein muss.“  
(Aus dem Selbstverständnis des Netzwerks)*

Für uns ist klar, dass gerade dann, wenn eine Struktur eine gewisse Kontinuität entwickelt hat, diese umso mehr ins Fadenkreuz der Repressionsorgane rückt. Wir werden weiterhin unsere Solidarität als Waffe zu nutzen, denn Solidarität ist der Anfang von allem! Diese Angriffe werden uns nicht daran hindern weiterhin aktiv zu sein und gegen die herrschende Klassenjustiz vorzugehen. Wir werden weiterhin Solidarität mit den Gefangenen organisieren und für eine klassenlose Gesellschaft ohne Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen - hier wie international!

**Linke Politik verteidigen!  
5 Finger sind eine Faust!  
Freiheit für Olli R!**

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen

(1) Gegen Faruk Ereren wurde im Laufe des Prozesses zwar der § 129b fallen gelassen, aber mit Hilfe von Aussagen, die unter Folter in der Türkei zu Stande kamen, wurde er 2011 zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er angeblich die Verantwortung für den Tod zweier Polizisten in Istanbul im Jahre 1993 übernommen haben soll.

Am 6. Mai 2013 begann das Revisionsverfahren gegen Faruk vor dem OLG Düsseldorf.

(2) Vorsitzende der Anatolischen Föderation

(3) 2010 wurde an einem Auto von einem AktivistInnen aus unserer Struktur ein GPS-Ortungsgeschäft gefunden.

(4) In erster Instanz wurde der presserechtlich Verantwortliche des GI wegen der Berichterstattung zum Prozess gegen Faruk zu 800€ verurteilt. Ein Freispruch war erst vor dem Landgericht im Oktober 2010 und nur durch zahlreiche Solidarität im In- und Ausland erkämpft werden.

# SOLIDARITÄTSERKLÄRUNG ZUR REPRESSION GEGEN DIE BESCHULDIGTEN DES § 129 VERFAHRENS

Hier einige Auszüge von Solierklärungen:

## Mainz: Solidaritätsaktion für die RAZ

Am Abend des 23.05.2013 brachten wir an der Brücke direkt am Hbf West in Mainz ein Transparent mit einer Solidaritätsbekundung an die Revolutionären Aktionszellen (RAZ) und alle, die von der Repressionswelle im Rahmen der RAZ-Ermittlungen betroffen sind, an. Grund dafür sind die 21 Hausdurchsuchungen, die Stürmung des Sozialen Zentrums Magdeburg und die Durchsuchung eines Büros.

Die Durchsuchungsbeschlüsse, die mit dem Schnüffelparagraphen 129 durchgesetzt wurden und einzig und allein dazu dienen, linke Strukturen zu durchleuchten und zu zerschlagen, sind für uns auf keinen Fall hinnehmbar.

Die Genoss\_Innen in Berlin, Stuttgart und Magdeburg sollen wissen, dass sie mit ihrem Kampf gegen diese Repression nicht alleine sind. Bundesweit und weltweit solidarisieren sich Menschen mit den RAZ, so auch wir.

**Lasst und gemeinsam in den Kampf gegen diesen Staat ziehen und die Repression zerschlagen!!!**

**Denn nichts ist stärker als unsere liebe zur Freiheit! Außer der Hass auf diejenigen, die sie uns nehmen!!!**

**Feuer und Flamme jedem Staat, für den Anarchismus!!!**

## Leipzig: Wir sind alle §129!

Am Sonntag (26.5.) kam es in Leipzig zu einer Solidaritätsaktion mit den Betroffenen der Hausdurchsuchungen in dieser Woche.

(...) In Leipzig fanden sich daher am Sonntag mehrere Menschen (genaue Zahlen wollen wir diesmal weglassen, damit sich die Bullen ganz auf ihre "Augenzeugen" verlassen müssen, siehe Presse) zu einer Spontandemonstration zusammen. Die Route führte durch Connewitz und machte mit lautstarken Parolen auf das Thema Repression aufmerksam.

"Menschen sterben und ihr schweigst, Scheiben klirren und ihr schreit!"

(...) Ein weiteres Objekt auf der Route war ein staatliches Büro. Es ist der Staat der gegen linke Strukturen vorgeht, besonders in Sachsen, der abschiebt und mit an dem Elend der Menschen hier und auf der Welt verantwortlich ist.

**Staatliche Repression prügelt, schnüffelt, schiebt ab und knastet ein!**

**Solidarität mit den Betroffenen der Hausdurchsuchungen!  
BKA du kannst uns mal!**

## Solidaritätserklärung der DKP Berlin nach den Razzien in Berlin, Magdeburg und Stuttgart

(...) Der Berliner Landesverband der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) verurteilt die von den Behörden betriebene Repressionsstrategie aufs Schärfste und erklärt seine Solidarität mit den Betroffenen. Offensichtlich ist der Bundesanwaltschaft, den Geheimdiensten und Polizeibehörden daran gelegen, von ihren eigenen Verstrickungen in das mörderische Treiben des neofaschistischen Terrornetzwerkes »Natio-

nalsozialistischer Untergrund« (NSU) abzulenken und – ganz der staatlichen Extremismuskonzeption verpflichtet – in der Öffentlichkeit eine von der politischen Linken ausgehende Gefahr herbeizufabulieren.

Die wirkliche Gefahr für die Menschen dieses Landes geht hingegen von der herrschenden Politik aus, die für eine massive soziale Deklassierung der breiten Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und der Erwerbslosen, für staatlichen Rassismus und für eine zunehmende Militarisierung der Innenpolitik steht, die mit einer aggressiv-kriegerischen Außenpolitik einhergeht.

Die Berliner DKP ruft ihre Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an den Protesten gegen die Kriminalisierung der linken Aktivisten zu beteiligen und versichert den Betroffenen ihre Solidarität.

**Weg mit dem Gesinnungs- und Schnüffelparagraphen 129 StGB!**

Berlin, den 25. Mai 2013  
DKP-Landesvorstand Berlin

## Solidaritätsadresse von der Internationale Plattform gegen Isolation

Wir verurteilen die staatlichen Repressionen und Diskriminierungsversuche linker Politik

Über Presse und E-Mail-Verteiler haben wir erfahren, dass am 22. Mai in Magdeburg, Stuttgart und Berlin Razzien gegen in Räumlichkeiten von linken AktivistInnen durchgeführt wurden.

Angeblich seien sie „Mitglieder einer kriminellen Vereinigung“, nämlich von „Revolutionären Aktions Zellen“ und sollen die Zeitschrift „radikal“ herausgebracht haben.

Ganz gleich ob 129, 129a oder 129b. Diese Paragraphen haben nur einen Sinn: Unterdrückung progressiver, linker Politik. Was sollen die Betroffenen gemacht haben, dass man sie mit solch einer Härte und Hartnäckigkeit verfolgt? Dies soll ja schließlich nicht die erste Razzia gewesen sein!

Haben sie 9 MigrantInnen und eine Polizistin ermordet wie die Rechtsterroristen von der NSU?

Haben sie Nagelbomben in Stadtteilen, die für ihren hohen Ausländeranteil bekannt sind, hochgehen lassen? Haben sie schwer bewaffnet Banken ausgeraubt?

Oder werden sie gar möglich mit der vollen Härte des Staates verfolgt, weil sie eben nicht rassistisch sind? Keinen Hitler-Gruß machen? Nicht die Anordnungen des Verfassungsschutzes durchführen? Sich nicht vom Verfassungsschutz bezahlen lassen? Hitler nicht als Held feiern? Ist das der Grund für den Groll des Staates?

Es soll auch zu einer Festnahme gekommen sein: Oliver R. würde im Gefängnis Berlin Tegel sitzen.

Uns würde doch sehr interessieren, wie seine Haftbedingungen sind? Wir wissen zu gut, dass linke AktivistInnen in Gefängnissen schikaniert werden. Wärter gucken manchmal alle halbe Stunde durchs Guckloch und öffnen das Licht, damit die Gefangenen an Schlafmangel leiden. Oder sie „vergessen“ einfach ihnen ihr Essen zu bringen oder ihnen der Hofgang verwehrt wird usw.

(...) Auch Nurhan Erdem befindet sich in der JVA Köln. Die Vorsitzende der Anatolischen Föderation hat jahrelang Öffentlichkeitsarbeit geleistet und gegen Rassismus gekämpft und wurde mit jahrelanger Haft „be-lohnt“. Sie konnte sich nicht frei bewegen wie eine Königin, denn sie



musste sich 4,5 Jahre in Isolationshaft aufhalten. Noch nie musste eine Gefangene in Deutschland so lange in Totalisolation verharren.

**Wir verurteilen die Razzien und Repressionen gegen Linke.  
Wir verurteilen Einschüchterungsversuche gegen Linke.  
Freiheit für Oliver R.**

**Solidaritätserklärung aus Dresden: Es ist immer ein Angriff auf uns alle!**

(...) Nach der Strafprozessordnung besteht bei Ermittlungen nach §129 StGB die Möglichkeit zu Hausdurchsuchungen und vielen anderen Überwachungsmaßnahmen. Doch für die Ermittler\_innen ist es weniger entscheidend, ob das jeweilige Verfahren überhaupt gerichtlich eröffnet wird oder ob es mit einer Verurteilung endet. Von größerer Bedeutung ist das Ermitteln selbst. Mit dem §129-Sonderrechtssystem verfügen die Repressionsorgane über ein Instrumentarium, um in die anvisierten, schwer erfassbaren Szenen einzubrechen, Kommunikationsstrukturen zu knacken und Soziogramme des Widerstandes zu erstellen.

(...) Wir betrachten die Hausdurchsuchungen in Magdeburg, Stuttgart und Berlin eindeutig als politisch-motivierte Repression, mit welcher das „Gleichgewicht der Extreme“ wiederhergestellt werden soll. Der Staat braucht nicht darauf zu hoffen, dass wir uns in die gleiche Ecke wie die Faschist\_innen drängen lassen. Wir lassen uns weder kriminalisieren, noch einschüchtern!

Auch wenn wir nicht alle Aktionen und Analysen der RAZ teilen, verurteilen wir die Repression, welche sich gegen ihre vermeintlichen Mitglieder richtet. Nicht nur, aber gerade weil in Dresden die selben Kontroll- und Überwachungsmechanismen nach §129 angewendet wurden und werden. Die Durchsuchungen vom 22. Mai 2013 reihen sich in die lange Kette staatlicher Repressionsmaßnahmen ein, die der Einschüchterung und Ausforschung linker Strukturen dienen. Dabei stellen die Schnüffelparagrafen 129, a und b für die staatlichen Behörden ein willkommenes Werkzeug dar.

**Solidarität mit den Betroffenen!  
Linke Politik verteidigen! Fünf Finger sind 'ne Faust!**

**Solidaritätserklärung „per Express“ vom LIZ**

(...) Wir erklären uns mit allen von Durchsuchungen betroffenen Aktivist\*innen solidarisch und verurteilen das willkürliche Vorgehen von BKA und Generalbundesanwaltschaft. Betroffen sind wenige – gemeint sind wir alle! Aber wir lassen uns von der zunehmenden Repression gegen linke Gruppen nicht einschüchtern, sondern begegnen ihr mit unserer Solidarität!

**Libertäres Zentrum Magdeburg**

**Solidarität von Pit Scherzl zu den Razzien vom 22.Mai**

Bei der erneuten Hatz auf linke Gruppen (jetzt wieder in Berlin, Stuttgart und Magdeburg) geht es „denen“ beileibe nicht um „Aufklärung“ irgendwelcher „Straftaten“ (bei denen es sich m. E. übrigens um völlig legitime Aktionen im Rahmen berechtigter Not- und Bürgerwehr handelt), sondern all dies ist wieder einmal mehr ganz offensichtlich einzig darauf angelegt, den beständig wieder wachsenden Widerstand gegen die bestehende Klassenjustiz und deren vielfachen Rechtsbeugungen zu diffamieren und kriminalisieren. Und auf gleicher Ebene ist ebenfalls zwingend davon auszugehen, dass es sich hierbei nicht nur um übelste... (und wenn mann/frau deren gesetzliche Maßstäbe anlegt), sondern um kriminelle Einschüchterungsversuche handelt. Krass formuliert: um Kritiker los-

zuwerden und um ihre Macht zu erhalten, „scheißen“ sie auf ihre ureigensten Gesetze.

Es ist längst zu spät, um von „Wehret den Anfängen“ zu sprechen. Vielmehr muss es für uns alle nunmehr heißen: „Wehret den weiteren Auswüchsen!!!!“ Es muss denen sehr nachhaltig klargemacht werden, dass 5 Finger tatsächlich eine Faust sind ... und 1000 Fäuste eine Macht!!!! Vernetzung auf allen linken Ebenen und Überwindung diverser ideologischer „Streitpunkte“ ist heute absolut notwendig. Die Botschaft muss lauten: Treffen sie eine(n) Finger von uns, so haben sie es direkt mit 1000 Fäusten zu tun! Schließen wir uns dies bzgl. nicht zusammen, werden sie jedwede linke oder anarchistische Gegenströmung peu a peu neutralisieren und jede(r) einzelne kann quasi jetzt schon darauf warten, ebenso terrorisiert zu werden, wie es jetzt wieder in Berlin, Stuttgart und Magdeburg vielfach geschah. Es bleibt abzuwarten, wer von den Betroffenen sich in konstruierten § 129-Verfahren wiederfindet. „Die“ nutzen ihre Macht ... brutalst und menschenverachtend!!!!

**Solidarische Grüße an Alle, denen das ABC mit allen großen und kleine Buchstaben geläufig ist !!!  
Pit Scherzl, JVA Werl**

**Solidaritätserklärung von der Organisierten Autonomie (OA) und der Revolutionär Organisierten Jugendaktion (ROJA)**

(...) Im Zuge der Durchsuchungen wurde Olli, einer der Betroffenen, der sich im Zusammenhang mit einer früheren Verurteilung im offenen Vollzug befand, in die JVA Berlin Tegel und somit in den geschlossenen Vollzug verlegt.

Repression hat immer den Zweck der Isolierung und Einschüchterung, deshalb ist es umso wichtiger dass wir uns untereinander solidarisieren. Es hat wenige Getroffen, gemeint sind wir alle und deshalb lassen wir uns nicht einschüchtern und kämpfen zusammen für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

**Freiheit für Olli und alle politischen Gefangenen!  
Linke Politik verteidigen!  
Fünf Finger sind ne Faust!**

**Organisierte Autonomie (OA)  
Revolutionär Organisierte Jugendaktion (ROJA)**

**Solidaritätserklärung von Magdeburg-Nazifrei: Unsere Solidarität gegen ihre Repressionen!**

Wir vom Bündnis Magdeburg Nazifrei bekunden unsere Solidarität mit dem Sozialen Zentrum in der Puschkinstraße sowie den von Repressionen Betroffenen in Berlin, Stuttgart und Magdeburg.

(...) Dieses Vorgehen der Repressionsbehörden reiht sich für uns als Bündnis Magdeburg Nazifrei in eine lange Kette von bewussten Aktionen gegen linke Strukturen ein. So wurden auch in diesem Jahr etliche Antifaschist\_innen während des Naziaufmarsches von Polizeikräften verprügelt und verhaftet, während rund 900 Nazis ungestört durch Magdeburg laufen konnten und vor dem Libertären Zentrum in Salbke eine Kundgebung abhielten.

Für uns wird hier wieder deutlich, wo für die staatliche Gewalt der Feind zu finden ist. Deshalb gilt unsere Solidarität dem Infoladen. Dieser ist auch ein Teil unserer Bündnisstruktur und damit sehen wir diesen Angriff auch als ein Angriff auf das Bündnis Magdeburg Nazifrei!

**Wir senden unsere solidarischen Grüße allen Betroffenen in Berlin, Stuttgart und Magdeburg!  
Unsere Solidarität gegen ihre Repressionen!**



# Freiheit für Faruk Ereren

Redaktion

Am 6. Mai begann das Revisionsverfahren gegen Faruk Ereren vor dem OLG Düsseldorf. Im ersten Prozess wurde er am 27. 9. 2011 anhand der Aussagen von Semih Genc, der eine Kollaboration mit der türkischen Polizei einging, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Der beantragten Revision wurde jedoch aufgrund der widersprüchlichen Aussagen von Semih Genc stattgegeben.

Bereits in der Türkei war Faruk für ca. 9 Jahre während des Militärputsches 1980 eingesperrt. Er bekämpfte als radikaler Linker das türkische Regime. Im Knast wurde er unzählige Male gefoltert. Nach seiner Entlassung flüchtete er aus Angst vor weiterer Verfolgung ins Ausland und wurde 2007 in Hagen festgenommen.

Er erklärte im ersten Prozess: „Welches Urteil ihr auch treffen werdet, ICH HABE KEINEN ZWEIFEL DARAN, DASS MICH DIE GESCHICHTE FREISPRECHEN WIRD.“

Sorgen wir dafür, dass wir uns durchsetzen und Faruk raus kommt. Besucht deshalb Faruk's Prozess und stellt Gegenöffentlichkeit z. B. in Form von Veranstaltungen her!  
Freiheit für Faruk Ereren!

## Weitere Verhandlungstermine:

Juli: 1., 5., 8., 12., 15., 19.

August: 19., 23., 26., 30.

September: 2., 6., 23., 27., 30.

Oktober: 4., 7., 11., 14., 18.

Die Verhandlungen beginnen montags immer um 11:00 Uhr und freitags um 9:30 Uhr



## Auszüge aus der Prozess-Erklärung von Faruk vom 13. Mai

„Ich grüße jene, die am Tag der Einheit, der Solidarität und des Kampfes der internationalen ArbeiterInnenklasse, am 1. Mai heldenhaft gegen die Polizei Widerstand leisteten, welche wie Banden über die Revolutionäre und die Werktätigen hergefallen ist. Auch wenn ich physisch nicht dabei sein konnte, ich war dort mit meinem Geist und Herzen und werde dies weiterhin tun.“

Meine Geschwister, meine GenossInnen. Bleibt immer so, beugt Euch niemals dem Faschismus. Ich bin sicher, dass ihr eines Tages die Imperialisten und ihre Kollaborateure aus unserem Land vertreiben werdet...

Bei der am 13. Mai fortgeführten Verhandlung trug Faruk Ereren seine etwa 10 Seiten umfassende Verteidigung vor. Vor seiner Verteidigungsrede verlas er eine Erklärung, in der er den faschistischen Staatsterror in der Türkei am 1. Mai bloßstellte.

Er erwähnte außerdem einen Dialog, den er mit dem Vorsitzenden Richter seines früheren Prozesses (in Düsseldorf) hatte und sagte: „Nach der Urteilsverkündung kam der Richter zu mir und sagte: ‚Werter Ereren, ich möchte mich von Ihnen verabschieden. So etwas gehört nicht zu unserer Tradition, ich werde Ihnen deshalb nicht die Hand schütteln, aber mich von Ihnen verabschieden. Während

des gesamten Prozesses haben sie gut gekämpft, aber wir sind jetzt am Ende angekommen und haben ein Urteil gefällt‘. Ich habe ihm geantwortet ‚Danke, aber ich muss ebenfalls anmerken, dass dieses Urteil nicht das geringste mit der Wahrheit, Gerechtigkeit und mit dem Gesetz zu tun hat. Es ist ein unmenschliches und ungerechtes Urteil. Sie haben dieses Urteil als solches im Namen des Volkes verkündet, aber im Grunde war es ein Urteil, das im Namen der imperialistischen Monopole gefällt wurde. Deshalb hat es gegenüber der Geschichte keinerlei Bedeutung‘ und er sagte darauf ‚für mich existiert so etwas wie das Urteil der Geschichte nicht‘ und damit endete der Dialog zwischen uns.“

Die Worte des Richters (Klein) waren sehr markant und es stimmt mich traurig. Wäre ich doch bloß von einem Richter verurteilt worden, der die Bedeutung des Urteils der Geschichte kennt und ein wenig historisches Wissen besitzt. Das Urteil der Geschichte ist unbarmherzig, so war es immer und wird es auch bleiben. Auch ihr ignoriert einen Teil der Geschichte, wollt ihn vergessen, gebt ihn nicht an eure Kinder weiter. Ihr solltet doch am besten wissen, dass der Faschismus die blutigste Regierungsform ist. Ich bin ein marxistisch-leninistischer Mensch. Ich kämpfe für die Unabhängigkeit meines Landes Türkei, damit es ein freies und demokratisches Land wird. Das ist die exakteste Darstellung meiner Identität und ich denke nicht, dass daran jemand zweifelt. Normalerweise würden Menschen in einem demokratischen Land, von einer Anklage kann gar keine Rede sein, dafür geehrt werden. Das bedeutet, dass es in der Bundesrepublik Deutschland, die sich als demokratischer Rechtsstaat bezeichnet, ein Problem gibt. Ihr sagt, dass ihr Euer Urteil im Namen des Volkes verkündet, was zwar gut ist, aber nur wenn auch die Praxis stimmt. Welches Interesse könnte das deutsche Volk daran haben, dass ein Revolutionär, der gegen einen Staat kämpft, welcher mehr als 1000 Menschen im Polizeigewahrsam ‚verschwinden‘ ließ, verhaftet und verurteilt wird. Das kann einzig und allein ein Urteil im Namen der Monopole sein, insbesondere jener 7 Tausend imperialistischer Monopole, die in meinem Land errichtet wurden. Wir waren von Anfang an offen, seid auch Ihr offen. Sagt offen, wen und warum Ihr ihn unterstützt. Ihr müsst Euch schämen, den Faschismus zu unterstützen, wenn nicht heute, dann werdet ihr Euch morgen dafür schämen. Ihr könnt mir erneut lebenslang geben, oder sogar eine noch schwerere Strafe! Das ist mir egal. In meiner winzigen Zelle zwischen den vier Wänden könnt ihr nur meinen Körper einsperren. Ich sehe mich verpflichtet, die mir von der Revolution und vom Sozialismus übertragenen Aufgaben, zu erfüllen. Es ist eine Genugtuung für mich, dass Ihr meine Gedanken nicht brechen könnt. Es reicht, wie die Imperialisten mein Land ausgebeutet haben. Sollen sie doch ihre 7 Sachen packen, die ansässigen Kollaborateure gleich mit dazu und verschwinden. Das ist die gemeinsame Forderung aller Revolutionäre...

**NIEDER MIT DEM IMPERIALISMUS UND DEN ANSÄSSIGEN KOLLABORATEUREN  
ES LEBE DER MARXISMUS- LENINISMUS  
FARUK EREREN"**

Am Ende der Verteidigungs-Rede wurde Faruk Ereren aus dem Zuschauersaal mit begeistertem Applaus bedacht.

## VERANSTALTUNGEN ZUM PROZESS GEGEN FARUK EREREN UND ZUM § 129B:

**Wuppertal:** Mittwoch, 17. Juli 2013, 19:30 Uhr,  
Autonomes Zentrum, Markomanenstr. 3

**Münster:** Donnerstag, 18. Juli, 19 Uhr,  
Die Brücke, Wilmergasse 2



Es gibt GEMA Kurzfilme, die im Kino vor Filmen ausgestrahlt werden, um Raubkopierer davon abzuhalten mitzufilmen, da sie die Konsequenzen einer solchen Tat beleuchten. In einer dieser Werbungen steht eine Mutter mit ihren drei Kindern vor einem Gefängnis und singen dem Ehemann / Vater ein Geburtstagsständchen. Die Kinder fragen, wie lange noch und die Mutter antwortet: „Noch vier mal singen“. Die GEMA will damit zeigen, dass jede Person, die beim Mitschneiden von Filmen erwischt wird, mit einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren rechnen muss. Was die GEMA uns damit nicht zeigen will ist, dass man vor den Knast gehen sollte und den Gefangenen ein Ständchen singen soll. Warum nicht? Es wäre ein Aufruf zu einer Straftat (Kontaktaufnahme mit Gefangenen) und sicherlich hat die GEMA keinerlei Interesse daran, sich um Gefangene zu kümmern, vor allem, wenn sie ihretwegen einsitzen.

## Warum sollten wir zu den Knästen gehen und die Menschen darin unterstützen?

Menschen in Gefängnissen sind oft isoliert, selbst ihre Familien glauben teilweise daran, dass die Gefangenen selbst an ihrer Situation schuld sind. Vor allem politische Gefangene werden häufig auch noch innerhalb des Gefängnisses isoliert. Sie sollen keinen Kontakt zu anderen Gefangenen haben, damit sie diese beispielsweise nicht aufhetzen können gegen die Wärter beziehungsweise das Knast-System. In erster Linie geht es darum den Menschen und seine politische Identität zu brechen. Durch Knastspaziergänge können wir diese Menschen erreichen, außerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten und den Augen des Staates.

In unserer Gesellschaft kursiert ein „Monstermythos“ über Gefangene. Viele Menschen denken in Knästen sitzen nur Mörder, Vergewaltiger, Terroristen usw. Dies wird täglich durch die Medien eingetrichtert. Keine Zeitung schreibt über den Schuldner, der ins Gefängnis kommt, weil er seine Raten nicht zahlen kann oder über den Dieb, der sich Essen geklaut hat, weil er kein Geld mehr hatte. Die Mehrzahl der Gefangenen sitzt wegen kleinen Delikten und nicht weil sie Menschen ermordet oder vergewaltigt haben. Durch Knastspaziergänge könnt ihr diesem Mythos etwas entgegensetzen. Die Personen innerhalb der Mauern erfahren Unterstützung, da es Menschen gibt, die trotz möglicher Strafe, die Gefängnismauer nicht als Trennmittel akzeptieren und zeigen, dass wir dennoch zusammenhalten. Die Passanten sehen, dass innerhalb der Mauern Menschen sitzen, die Verwandte und Freunde haben, die sich nicht durch ein Gerichtsurteil von ihrem Bekannten/ihrer Bekannten distanzieren lassen.

## Was tun?

Verteilt ab und zu Flyer in den Gebieten um die Gefängnisse. Mög-

liche Inhalte sind: die Rolle des Knastes, warum müssen Menschen einsitzen?, Statistiken, was bringt es?, Folgen von Haft, das Leben danach, Rückfallquoten, ... Sprecht mit Interessierten bei Kundgebungen. Erklärt ihnen was ihr tut und warum. Außerdem stärken all diese Aktionen das Bewusstsein der Gefangenen, sowie eures, indem ihr zeigt, dass es viele Menschen gibt, die diesen Mythos nicht glauben und auf ihrer Seite sind.

Es stärkt auch uns selbst, durch die Auseinandersetzung mit dem Thema Knast. Knastspaziergänge können zeitweise die Ohnmacht durchbrechen, die entsteht, wenn ein Freund / eine Freundin einsitzen muss und sich der Kontakt auf Briefe und Kurzbesuche beschränkt.

## Praktische Tipps hierzu:

Zur Vorbereitung solltet ihr einen Knastspaziergang nicht an die große Glocke hängen, besprecht es untereinander und informiert andere über Zettelchen. Das Anmelden könnt ihr euch sparen, da die Kontaktaufnahme zu Gefangenen verboten ist, zudem wollen wir ja nicht bei diesem Staat um Erlaubnis betteln. Nehmt Fahnen, Knallkörper und ein Megaphon mit, damit ihr es auch schafft auf euch aufmerksam zu machen und eure Solidaritätsaktion über die Mauern hinweg gehört wird.

Wollt ihr eine bestimmte Person erreichen, findet heraus in welcher Zelle sie sitzt und welcher Ort außerhalb dafür in Frage kommt. Überlegt euch vorher Parolen, während des Spaziergangs habt ihr keine Zeit dazu. Er sollte nicht länger als 5 – 10 Minuten gehen bzw. je nachdem was ihr glaubt, wie lange die Polizei braucht. Solltet ihr doch von den Menschen in blau angehalten werden, dann versucht eine spontane Anmeldung zu machen, damit sich nur einer als Anmelder ausweisen muss.

Rennt nicht einfach weg ohne auf die anderen in der Gruppe zu achten, solltet ihr erwischt werden ist es nur eine Ordnungswidrigkeit, das ist besser als einen Genossen alleine stehen zu lassen. Es lohnt sich vorher durchzusprechen, was man im Fall einer Kontrolle tut, wie man sich als Gruppe verhält. Es ist ratsam sich mit den örtlichen Begebenheiten vertraut zu machen.

Bei einer Kundgebung kann man sich über eine Anmeldung Gedanken machen, es kommt darauf an, an wen sie sich richtet und wer teilnehmen will. Wollen Personen kommen deren Aufenthalt in der BRD auf dem Spiel stehen könnte bei einer wahrscheinlichen Kontrolle durch die Polizei, ist es besser anzumelden.

## Unserer Erfahrung nach ist ein Knastspaziergang ein Gewinn für beide Seiten der Mauer.

## Probiert es einfach mal aus.



# ... UND DIE ERDE IST EINE SCHEIBE

## Die vergangenen Verhandlungstage im Frankfurter Prozess gegen Sonja und Christian

Während Sibylle seit über einem Monat in Beugehaft sitzt, wurde in der Hauptverhandlung der Kronzeuge Hans-Joachim Klein erneut vorgeladen. Er beschuldigt Sonja, den Angriff auf die OPEC-Konferenz in Wien 1975 logistisch unterstützt zu haben. Nachdem Klein sich Anfang 2013 bereits mit drei verschiedenen Versionen zu seiner angeblichen Anwerbung im Frankfurter Stadtwald disqualifiziert hatte, waren auch seine Angaben zu Waffen und Sprengstoff, die Sonja ihm zufolge nach Wien geliefert haben soll, widersprüchlich. Das Frankfurter Landgericht unter Richterin Stock bleibt dennoch zuversichtlich – sie sehen es einfach wie Richter Bürger, der Klein 2001 verurteilt hatte. Kleins Mitangeklagter Rudolf S. wurde zwar damals freigesprochen, da die Beschuldigungen des Kronzeugen nicht für eine Verurteilung ausreichten. Doch Bürger bekräftigte in Frankfurt erneut: Klein ist ein prima glaubwürdiger Kronzeuge.

Eine schlechte Figur machte auch Gerichtsgutachter Dr. Haag, der die Verhandlungsfähigkeit von Hermann F. bestätigte. Ihm zufolge ist dieser quasi munter wie ein Fisch: Zwar hatte Hermann sich geweigert, sich von Haag untersuchen zu lassen, aber ein altes Gutachten und einige ärztliche Atteste genügten, um Hermanns uneingeschränkte Vernehmungsfähigkeit festzustellen. Nicht traumatologisch ausgebildet, kann Haag auch keine posttraumatische Erkrankung nach dem Unfall bei Hermann erkennen.

Verdammt lang quer  
Erfreulicher Weise gibt es weiterhin viele solidarische Aktionen für Sonja, Christian und Sibylle von nah und fern! Alle drei freuen sich über weitere Aktionen, auch in Deiner Stadt!! Frisch erschienen ist außerdem eine Broschüre mit Texten zum Prozess gegen Sonja und Christian und zu den RZ/Roten Zora (s. Bild). Erhältlich in gut sortierten Infoläden.

Bleib informiert: [www.verdammtlangquer.org](http://www.verdammtlangquer.org)



## ZUM THEMA: GEFANGENENBESUCHE

### VOM GEFANGENEN MARK ALTMAYER

Redaktion

Dass Besuche für einen Gefangenen wichtiger als alles andere sind, sollte Jedem klar sein. Die Nähe der Familie spüren, der Freundin, dem Freund „nah“ sein, die neuesten News aus der Szene erfahren - das alles ist viel persönlicher als ein Brief, auf den mensch hier drin mitunter 3 Wochen warten muss.

Ich selber bin in München inhaftiert und habe vor einem Monat gespürt, was wahre Solidarität bedeutet. Im März hat mich nämlich ein lieber Mensch aus Hamburg (Infoladen Schwarzmarkt) besucht und dieses Gespräch, die Solidarität, die ich gespürt habe, tat mir sehr gut, davon zehre ich immer noch.

Generell haben wir Münchener weniger Besuchszeit als der traurige Rest. Mensch muss sich die 1 Stunde (!!!) im Monat recht gut einteilen. Der Ablauf ist auch eher recht chaotisch hier. Der jeweilige Besucher meldet sich telefonisch an (am besten 1 - 2 Wochen vorher) und am betreffenden Tag wird mensch 1 Stunde vor Besuchsbeginn in einem Warteraum geführt, in dem Mensch schmort, bis sich einer von „denen“ erbarmt und einen in den Besuchsraum führt. Für alle Neuankömmlinge, U-Häftlinge und BTM-ler gibt es von Haus aus den „Langtisch“. Dies ist ein ca. 10 Meter langer Tisch, der uns von den Besuchern durch eine Glasscheibe trennt. Da mensch direkt nebeneinander sitzt, versteht mensch mitunter das eigene Wort nicht, da es ziemlich laut ist.

Dann gibt es noch die Besuchsform „Cafeteria“, die ihrem Namen aber keine Ehre macht. Ein paar Tische und Stühle in einem Raum. Über jeden Tisch eine Kamera und ein verbeamteter Mensch in der Ecke an seinem Monitor, der alles Unglück auf seinem Rücken tragen muss... dem Gesichtsausdruck und der Laune nach. Allerdings ist in der Cafeteria keine Trennscheibe vorhanden.

Alles in allem ist der Besuch sehr wichtig für uns und bestimmt auch für die Besucher.

Deshalb einfach mal anschreiben und ausmachen von Besuchen, um so das Netzwerk zu vergrößern.

#### ► Schreibt den Gefangenen!

Mark Altmeyer  
JVA München  
Stadelheimer Str. 12  
81549 München





Ende 1973 gründete sich der „Gefangenenrat Frankfurt“ – das Jahr über fanden diverse „Rote Hilfe-Aktionen“ für die „politischen Gefangenen“ statt, „Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD“ zur Isolationshaft hatten sich gebildet – dem entgegen positionierte sich der „Gefangenenrat“ explizit für alle entrechteten und entmündigten Anstaltsinsassen, womit sie auch Erziehungs- und Psychiatrienanstalten mit einbezogen. Ihr Ziel: eine überregionale

Gefangenenorganisation nach dem Vorbild des „Le Comité d'Action des Prisonniers“ (kurz: CAP). Nach Revolten in französischen Gefängnissen hatten 1972 Gefangene die CAP gegründet und mit der von u. a. Michel Foucault gebildeten „Groupe d'Information sur les prisons“ zusammengearbeitet – letztere scheiterte aber an dem Versuch, die vorwiegend subproletarischen Gefangenen mit dem organisierten Proletariat zusammenzubringen.

Waren anfangs bei der Gründung des Gefangenenrates auch Studierende und Arbeiter\*innen dabei – waren es dann eigentlich „nur“ noch ehemalige Gefangene, die so natürlich für die in den Gefängnissen eine bedeutend höhere Glaubwürdigkeit hatten.

Ein eigener „Nachrichtendienst der Gefangenenräte“ (ND) brachte vor allem Infos aus den Anstalten und Aktivitäten aus den Gefangenenbewegungen anderer Länder – der „ND“ war aber auch Organ der Diskussion und Selbstreflektion – Probleme innerhalb der Gefangenenbewegung, Konzepte und revolutionäre Strategien wurden diskutiert. In diesem Zusammenhang erschien der Text: „Die drei Schritte der Gefangenenbewegung“ –

In den Texten wurde dem *subproletarischen* Gefangenen eine besondere Rolle im Widerstand zugewiesen –

Kritiker warfen dem GR anschließend vor, potentielle Verbündete abzustoßen, undifferenziert und unreflektiert den herrschenden Produktionsbedingungen und Produktionsverhältnissen der Industriegesellschaft gegenüberzustehen, ja sich einer „notwendigen kritischen Selbstreflektion“ verweigern zu wollen und damit die Gefangenenbewegung in eine Selbstisolierung zu treiben - sie (die Kritiker) übersahen dabei, dass die „Lumpen“ – die die überwiegende Mehrzahl der Inhaftierten in den Gefängnissen waren und weiterhin sind – sich erst einmal als „Subjekt“ (wieder)finden müssen, um dadurch selbstbestimmt ihre eigene Handlungsfähigkeit zu erhalten bzw. wiederzuerlangen – mich erinnert das an die ersten Zeiten der „Frauen-“ und „Krüppelbewegung“ oder heute an die Auseinandersetzungen bei Anarchist People of Color innerhalb der anarchistischen Bewegung oder People of Color bei den Flüchtlingskämpfen – eigentlich haben all diese Kritiker\*innen doch nun endlich Zeit, ihre eigenen Kämpfe zu führen – wo doch damals wie heute ihnen ihr „Objekt“ abhanden gekommen war.

Vieles in den Texten des „Gefangenenrates“ blieb verbalradikal, wenn es auch der deutschen Justiz gelang, gegen Einzelne von ihnen Ermittlungen zu führen und Anklagen zu erheben - die größte Stärke und der eigentliche Erfolg des „Gefangenenrates“ lag durch die Kommunikation in die Knäste auch viel eher in der Beschreibung des Knastalltags und dem Öffentlichmachen der menschen-

verachtenden, ja tödlichen Praxis der Gefängnisverwaltungen in diesem Land. An erster Stelle sei hier auf die Aufdeckung des „Mannheimer Gefängnissskandal“ hingewiesen:

Pfingsten 1974 verprügelten Rollkommandos der JVA Mannheim systematisch und über Stunden über 100 Gefangene in ihren einzelnen Zellen – der Grund war ein Protest der Gefangenen über das vorzeitige Löschen der Zellenbeleuchtung ( zu dieser Zeit noch zentralgesteuert).

Bei „Gefangenenrat“ fällt mir spontan eine frei gewählte, selbstbestimmt organisierte Gruppe von Gefangenen ein, die z. B. sich konkret für die Selbstverwaltung ihrer Interessen innerhalb der Anstalt einsetzen und als Ziel die Abschaffung z. B. aller Gefängnisse anstreben - indem sie mit den Ex-Gefangenen und anderen Verbündeten „draußen“ zusammenarbeiten. **Die Realisierung dieser vom GR Frankfurt angestrebten Vision zerbrach unter der Verfolgung und Repression staatlicher Organe. 1979 löste sich der GR Auf.**

Chiflado (alias Wilfried)

### Persönliche Bemerkung:

Es finden auch heute weiter tägliche Kämpfe in den Knästen statt. Doch von einer „Bewegung“ redet keine(r). Draußen gibt es eher helfende, solidarische Knastgruppen, die – bis auf wenige Ausnahmen – keine Ex-Gefangenen sind. Innen wird heute die „Mitwirkung“, die „Mitverantwortung“ gepredigt, – doch die „Demokratie ist nie zu den Lumpen heruntergestiegen“ . Sollten sie je wieder beginnen, die Wünsche nach einem wirklich autonomen „Gefangenenrat“ im Sinne wie es der GR Frankfurt versucht hatte, umzusetzen - ich glaube, in diesem Moment wird der Text „Die drei Schritte der Gefangenenbewegung“ wieder höllisch und im wahrsten Sinne brennend interessant.

Aus Platzgründen stark gekürzte Rezension:

## „VOGELPERSPEKTIVEN“ von Thomas Braven übernommen von: [www.preposition.de](http://www.preposition.de)

Thomas Braven's Biografie ist seit seiner Kindheit von Gewalt geprägt. Schon früh läuft er immer wieder von zu Hause weg und entwickelt Gegenbilder.

So stellt er der von „Gewalt und Maloche“ geprägten Welt seines Elternhauses die Anwesenheit von „Zärtlichkeit und Zeit füreinander“ bei einer Leidenschaft gegenüber. Für die Gewalt seines Vaters rächt er sich, indem er ihm das Mofa anzündet. Er klaubt Geld, später begeht er Einbrüche und Raub. Er handelt mit Waffen, bis er sich schließlich 1979 in einem Überfall auf die Bundeswehr versucht, um anschließend die geraubten Waffen teuer verkaufen zu können. Immer wieder wird er wegen seinen Überfällen festgenommen und schließlich wegen versuchtem Mord und versuchtem Raub zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt. Zusätzlich kamen später drei Jahre wegen eines geglückten Ausbruchs hinzu....

Mit der Zeit (Mitte der achtziger Jahre) nähert sich Braven politischen Ideen und Forderungen, die am Ende des Buches in dem Aufruf gipfeln, die Gefängnisse zu zerstören.

ISBN-13: 978-3907522073



# EUROPAWEITE REPRESSIONSWELLE GEGEN REVOLUTIONÄRE AUS DER TÜRKEI

Wieder einmal beginnt eine auf Jagd auf Revolutionäre in Europa: Razzien, Festnahmen, Auslieferung und Einschüchterung.

Redaktion



Dass das türkische Regime die volle Unterstützung ihrer westlichen Verbündeten genießt, wurde im Laufe des Juni gleich mehrfach unter Beweis gestellt. Es wurde deutlich, dass die Kritik in Richtung Türkei hinsichtlich des jüngsten Staatsterrors zur Aufstandsbekämpfung nichts weiter als hohle Phrasen sind und die militärische und politisch-ökonomische Partnerschaft das Maß aller Dinge darstellt. Unterstrichen wurde dies u.a. durch die Auslieferung des am 30. Mai in Griechenland verschleppten und anschließend an die Türkei ausgelieferten Bulut Yayla, die Festnahme von Bahar Kimyongür am 17. Juni in Spanien und die Razzien am 26. Juni, die in Deutschland, Belgien, Österreich und Holland stattfanden und zur Festnahme von fünf Personen führten.

Vom Umfang der Repression her lässt uns das aktuelle Vorgehen in Europa an die Razzien und Verhaftungen vom 1. April 2005 erinnern. Mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) gingen europäische Behörden in Deutschland, Italien, Belgien, Holland und der Türkei gegen Revolutionäre vor und legitimierten damit eine Verhaftungswelle in der Türkei, bei der Dutzende Menschen inhaftiert wurden und gestützt auf fingierten Beweisen jahrelange Haftstrafen antreten mussten. Bei den Razzien vom 26. Juni 2013 lautet der Vorwurf ebenfalls auf „Mitgliedschaft in der DHKP-C“. Mit diversen Pressemeldungen verurteilten die deutsche, österreichische, belgische und holländische Sektion der „Anatolischen Föderation“ die Repression und teilten mit, dass die Räumlichkeiten ihrer zugehöriger Vereine, Wohnungen und Arbeitsplätze durchsucht worden seien. In Deutschland habe es Razzien in Köln, Duisburg, Dortmund, Hamburg, Berlin und Wuppertal gegeben und im Zuge dessen sei die Vorsitzende der Föderation, Latife Adıgüzel, festgenommen und anschließend verhaftet worden. Zudem wurden Özkan Güzel, Sonnur Demiray und Muzaffer Doğan in Deutschland und Yusuf Taş in Österreich festgenommen.

Die Verschleppung von Bulut Yayla ereignete sich am Abend des 30. Mai 2013 im Zentrum Athens. Bulut Yayla sei einer Pressemeldung der Volksfront Athen zufolge von fünf griechischen Personen mit einem Auto mit dem Kennzeichen „ZKI 8462“ entführt worden, wobei ihm ein Sack über den Kopf gestülpt worden sei. Anschließend sei er zwei Gruppen ausgehändigt worden, die ihn in englisch und türkisch verhört und gefoltert hätten. Nach seiner Auslieferung an die türkischen Behörden erklärten diese offiziell, er sei beim Passieren der griechisch-türkischen Grenze in Edirne festgenommen worden.

Zu einer weiteren Festnahme kam es am 17. Juni 2013 in der spanischen Stadt Cordoba. Dabei wurde Bahar Kimyongür, welcher zuvor wegen vermeintlicher Mitgliedschaft in der DHKP-C in Belgien jahrelang vor Gericht stand, zusammen mit seiner Frau und

seinen zwei Kindern (drei und vier Jahre alt) in einer Moschee festgenommen. Es handele sich dabei laut einem Interview mit Bahar Kimyongür um ein Auslieferungsersuchen seitens der Türkei. Bahar Kimyongür, der anschließend auf Kautions freigelassen wurde, befindet sich mittlerweile wieder in Belgien und er gehe davon aus, dass es Ende August zu einem Prozess in Madrid kommen werde. Derzeit befinden sich zahlreiche AktivistInnen aus der Türkei in europäischen Knästen, wobei der Vorwurf meist „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ lautet. Die BRD gehört dabei zu den repressivsten Verfolgern politischer AktivistInnen aus der Türkei und somit zum treuesten Partner eines faschistischen Staatsapparates.



Mit diesen Maßnahmen wird einmal mehr deutlich, dass der Türkei, die gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen mit ihren engen Verbündeten USA und EU hat, der Rücken gestärkt werden soll. Dies gilt sowohl für außenpolitische Belange wie aktuell z.B. die Destabilisierung Syriens als auch für innenpolitische Angelegenheiten wie die Bekämpfung des Juni-Aufstandes und der Kampf gegen revolutionäre Kräfte in der Türkei. Dabei stellen weder ihre eigenen Gesetze noch die Achtung von Menschenrechten eine Barriere dar.

Redaktion

## Adressen der Gefangenen:

Latife Adıgüzel  
JVA Gelsenkirchen  
Aldenhofstraße 99-101  
45883 Gelsenkirchen

Muzaffer Doğan  
JVA Wuppertal  
Simonshöfchen 26  
42327 Wuppertal

Özkan Güzel  
JVA Düsseldorf  
Oberhausener Str. 30  
40472 Ratingen

Sonnur Demiray  
JVA Vechta  
JVA für Frauen  
An der Propstei 10  
49377 Vechta

Yusuf Taş  
Justizanstalt Wien-Josefstadt  
Wickenburggasse 18  
1080 Wien-Josefstadt  
Österreich



# ERKLÄRUNG DER NICHT INHAFTIERTEN BESCHULDIGTEN DES LAUFENDEN § 129 VERFAHRENS

**Wir werden unsere DNA nicht  
freiwillig abgeben!**

Anfang Juni beantragte der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die Entnahme der DNA mehrerer Beschuldigter des aktuellen, offensichtlich schon längere Zeit laufenden Ermittlungsverfahrens nach § 129.

Uns sind diese Ermittlungen seit den bundesweiten Razzien gegen insgesamt 9 GenossInnen am 22. Mai 2013 bekannt. Es wurde den bisher zur DNA Abgabe Aufgeforderten bis zum 19.6.13 Zeit zur Stellungnahme bzw. freiwilligen Abgabe der DNA eingeräumt.

Wir gehen davon aus, dass diese DNA Entnahme, ebenso wie eine aktuell schon laufende umfangreiche versuchte Ausforschung prinzipiell alle Beschuldigten und darüber hinaus weite Teile der linken Bewegung treffen kann und auch soll.

Ziel der kapitalistischen Repressionsmaschinerie ist es offensichtlich überall, wie es momentan weltweit anhand des aktuellen Falles der Überwachung des Internets durch das NSA Projekt „Prism“ deutlich wird auch hier im kleineren Maßstabe, eine möglichst große Flut an Daten zu erheben um Strukturen weiträumig zu durchleuchten, Ängste in diesen zu schüren und politische Arbeit, welche dieses System grundsätzlich in Frage stellt, zu behindern.

Momentan davon betroffen sind Einzelne – doch wir lassen uns nicht spalten und lehnen diese „freiwillige“ DNA Abgabe ebenso wie jedes weitere Eingehen auf Angebote und Einschüchterungsversuche der Repressionsorgane kollektiv ab. Wir gehen davon aus, dass sie daraus folgend die DNA Abgabe unter Zwang versuchen werden durchzusetzen.

Wir weigern uns mit diesem Staat und seinen Handlangern zu kooperieren!

Diese Repression welche uns seit den Razzien am 22.5. 13 als Angriff ihrer Klassenjustiz entgegen schlägt soll uns isolieren und einschüchtern. Doch dieses Ziel wird sie nicht erreichen, da wir uns in jedem Falle offensiv und kollektiv damit auseinandersetzen werden.

**Linke Politik verteidigen!  
Fünf Finger sind ne Faust!**

*Anm. d. Red: siehe dazu auch unseren Schwerpunkt auf Seite 6-9*



**JEDES HERZ IST EINE  
REVOLUTIONÄERE  
AKTIONSZELLE**

[WWW.SOLIGRUPPE.BLOGSPORT.EU](http://WWW.SOLIGRUPPE.BLOGSPORT.EU)

# DENIZ K. ENDLICH FREIGELASSEN

Redaktion



Nach über 14 Monaten Knast wurde Deniz K am 5. Juli 2013 endlich aus der Haft entlassen. Knapp zwei Wochen zuvor entschied der Bundesgerichtshof, dass das Verfahren gegen ihn neu aufgerollt werden muss, da u.a. die Strafzumessung über 2 1/2 Jahre zu hoch gewesen ist. Der Fall wurde an eine andere Kammer des Landgerichts Nürnberg-Fürth zurück verwiesen. Wann der Revisionsprozess stattfinden wird ist unklar.

Nach dem BGH-Urteil und einer Haftbeschwerde der Anwälte von Deniz wurde er dann am 05. Juli freigelassen. Er wurde von seiner Mutter und einigen GenossInnen vor dem Gefängnis empfangen.

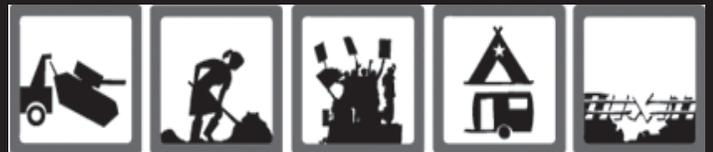
Deniz nach seiner Freilassung: „Meine Freiheit wurde vorerst erkämpft, doch in deutschen Knästen sitzen viele Genossen und Genossinnen, die unsere Solidarität brauchen! Reißt die Mauern ein!“

**Niemand wird vergessen!  
Unsere Solidarität gegen ihre Repression!**

**Hintergrund:** Deniz wurde am 21. April in Ludwigshafen bei einer antifaschistischen Demonstration verhaftet. Und befand sich bis zuletzt in Untersuchungshaft. Ihm wurde vorgeworfen im Rahmen einer Demonstration, die sich gegen die Verstrickungen des NSU mit dem Staat richtete, mit einer Fahnenstange mehrere PolizistInnen verletzt zu haben - weswegen er wegen „versuchten Mordes“ in 5 Fällen angeklagt worden ist. Vor Gericht wurde der Vorwurf auf Widerstand und gefährliche Körperverletzung heruntergestuft. Trotz allem wurde Deniz im November 2012 zu einer 2 1/2 jährigen Haftstrafe verurteilt. Sowohl die Staatsanwaltschaft, die versuchen wollte den Vorwurf des „versuchten Mordes“ durchzubringen, als auch die Verteidigung hat Revision eingelegt.

## WAR STARTS HERE - CAMP

Redaktion



Auch dieses Jahr wird es ein internationales WarStartsHere-Camp gegen das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in Sachsen-Anhalt geben. Vom 21. - 29- Juli sind alle eingeladen gemeinsam antimilitaristisch zu campen, diskutieren und Aktionen zu starten.

Im Speziellen richtet sich unser Camp gegen das in der Altmark angesiedelte GÜZ und dessen besondere Bedeutung für die aktuellen Kriege und Aufstandsbekämpfung der BRD und verschiedener NATO-Staaten.

**War starts Here! Let's stop it Here!**

Im letzten Jahr kam es bei dem Camp zu heftiger Repression: Von Demoverbotzonen, massenhaften Personalienfeststellungen und einem (bewaffneten) Überfalls des Mobilien Einsatzkommandos der Polizei.

<https://www.warstartsherecamp.org/de/>

# WIE HAT SICH DIE VERFOLGUNG VON STRASSEDELIKTEN VERSCHÄRFT?

www.political-prisoners.net

Die Tendenz scheint klar zu sein: Nicht nur Organisationsdelikte und nicht nur sogenannte „terroristische“ oder „kriminelle“ Aktivitäten sollen verfolgt werden, sondern auch Aktivitäten und Aktionen im alltäglichen politischen Kampf. Das ist zwar dahingehend nichts neues und auch nicht überraschend, da wir uns in unseren Mitteln nicht an die Grenzen der Legalität halten, sondern diese bewusst übertreten, andererseits hat sich gerade in den letzten Jahren die Verfolgung von Straßendelikten verändert und dadurch auch massiv verschärft.

Was hinter dieser neuen Qualität steckt ist das wachsende Potential an Widerstand durch die Verschärfung der Krise, durch die wachsende Wut über die momentanen Verhältnisse. Und die Verhältnisse manifestieren sich einmal mehr in der Klassenjustiz mit der wir konfrontiert sind. Daher ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass es eine qualitative Steigerung in der Verfolgung von Straßendelikten gibt, sondern nur eine logische Konsequenz der Herrschenden zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse.

Bei der Kriminalisierung der Straßendelikte geht es vornehmlich darum den öffentlichen Raum im Sinne der Herrschenden besetzt zu halten, um uns diese nicht zu überlassen. Es geht darum uns aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen und das Kampffeld der Straße – des öffentlichen Raums – nicht zu überlassen.

In diesem Kontext muss auch Repression gesehen werden: Es geht darum durch Kriminalisierung, Unterdrückung und Zerschlagung von Widerstand die Alternativlosigkeit des Bestehenden zu manifestieren und in diesem Sinn ist Repression auch als Teil des Klassenkampfes, des Klassenkampfes von oben zu sehen.



Dementsprechend schließt sich daraus, dass unsere Antwort auf diese Maßnahmen, eingebettet sein müssen in einen Klassenkampf von unten – in einen gesellschaftlichen Kampf, der auch die Alternativlosigkeit entblößt und dieser die Alternative des Revolutionären Kampfes entgegensetzt. Doch dazu später mehr.

Wie drückt sich die Repression auf der Straße aus?

Hier können auch Parallelen zur Situation in der Schweiz geschlagen werden:

Während die letzten Jahre das Augenmerk darauf lag große Teile einer Demo einzusacken und Massenverhaftungen vorzunehmen

geht der Trend mittlerweile eher dahin einzelne AktivistInnen sich rauszupicken und im Nachhinein mit Repression zu überziehen. Während der Kern (es trifft Einzelne, gemeint sind aber wir alle) der gleiche geblieben ist, hat sich aber die Qualität und auch die Quantität verändert:

- Durch umfangreiches Bild- und Videomaterial (sowie Audioabgleichen) wird im Nachhinein und bei anderen Gelegenheiten (Demos, Aktionen) gefahndet und Leute verhaftet.
- Die Konfrontation auf der Straße direkt gerät in den Hintergrund, es wird versucht die Personen einzeln anzutreffen, anstatt in einer großen Gruppe – meist im Nachhinein
- dadurch werden Verhaftungen etc. erleichtert.
- Die Konsequenzen haben sich ebenfalls verschärft.
- Massive Strafen werden für Bagatelldelikte verhängt
- Knaststrafen sind keine Ausnahme, sondern werden immer mehr zur Regel

Besonderes Augenmerk wird dabei Angriffen auf PolizistInnen geschenkt. Vor kurzem hat der Innenminister Niedersachsens (der den Vorsitz der Innenministerkonferenz dieses Jahr inne hat) die Notwendigkeit einer „Nationalen Antiterrorstrategie“ unterstrichen. Herzstück dieser Strategie soll die härtere Bestrafung von Angriffen auf BeamtInnen sein. (Begleitet wird das von einer medialen Kampagne, obwohl die Zahlen ganz andere Fakten darstellen...)

Der Fall von Deniz K. In der BRD ist ein Beispiel hierfür: Deniz wird vorgeworfen im Rahmen einer Demo gegen die NSU mit einer Fahnenstange 5 PolizistInnen angegriffen zu haben. Damit wurde der recht drastische Vorwurf des „versuchten Totschlags“ konstruiert. Am Rande bemerkt sei, dass keiner der BeamtInnen auch nur ansatzweise verletzt worden ist und im Pressebericht der Polizei Knapp 3 Wochen nach der Demonstration wurde er am 21. April 2012 aufgrund eines Bildabgleichs dann festgenommen und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Zwar wurde in erster Instanz der Vorwurf fallengelassen, dennoch wurde er wegen schwerer Körperverletzung, Widerstand und Landfriedensbruch zu 2 ½ Jahren Haft verurteilt. Das Urteil ist aber nicht rechtskräftig, da sowohl Staatsanwaltschaft als auch Verteidigung in Revision gegangen sind. Die Staatsanwaltschaft möchte versuchen den Vorwurf des versuchten Totschlags doch noch durchzubringen.

Auch im Rahmen der Gegenaktivitäten zu dem mittlerweile größten Naziaufmarsch in der BRD – und zwar in Magdeburg – laufen Ermittlungen wegen versuchten Totschlags. So soll bei einer Spontandemo zum Sozialen Zentrum vor Ort eine Betonplatte auf die begleitenden PolizistInnen geworfen worden sein. Daraufhin folgten knapp 40 Vorladungen und eine Hausdurchsuchung.

Ganz allgemein scheint der Vorwurf des versuchten Totschlags aus den Schubladen wieder hervorgekramt worden sein, um Straßendelikte zu verfolgen. Neben dem Fall von Deniz wird in mindestens 3 weiteren Fällen mit diesem Vorwurf ermittelt: In Dortmund im Rahmen der Aktivitäten gegen den „Nationalen Antikriegstag“, in Frankfurt im Rahmen der M31 Proteste...

Neben dem versuchten Totschlag gibt es aber durchaus auch andere Beispiele, so wie z.B. in Dresden. Dort reichte eine Megaphondurchsage, die angeblich zum Durchbrechen einer Polizeikette aufgerufen hat, zu einer Haftstrafe von 22 Monaten.

Ebenfalls in Dresden und Umgebung läuft auch ein Verfahren gegen über 20 AktivistInnen, denen vorgeworfen wird militant und koordiniert gegen faschistische Strukturen vorgegangen zu sein. Gegen sie wird wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt. Nicht zu vergessen, die unzähligen Anzeigen, Vorladungen, Strafbefehle, Gerichtsprozesse etc. gegen AktivistInnen, die immer mit einem enorm hohen (auch finanziellen Aufwand) verbunden sind.

Diese Schlaglichter verdeutlichen die vorher angesprochene allgemeine Tendenz und zeigen eben auch die Notwendigkeit auf wirksame Strategien gegen diese Entwicklung zu entwickeln.

### Strategien dagegen:

Wie bereits vorher erwähnt muss Repression und die Bekämpfung des revolutionären Widerstands als Teil des Klassenkampfes von oben betrachtet werden. Die logische Konsequenz für uns ist, dass wir dem die Entwicklung des Klassenkampfes von unten entgegenzusetzen müssen. D.h. dass der tagtägliche Kampf für den Aufbau der Solidarität auch als Teil eines ideologischen Kampfes zu betrachten ist, der der propagierten Alternativlosigkeit den revolutionären Kampf entgegengesetzt und damit die Möglichkeit der Revolution – des Umsturzes der herrschenden Verhältnisse sichtbar werden lässt.

In Kürze heißt das, dass wir Antirepressionsarbeit als Teil eines Klassenkampfes von unten begreifen müssen, der die Systematik der Repression aufzeigt und durch die Thematisierung der Inhalte und Hintergründe, diese dadurch auch verbreiten zu können, aber auch in der Lage zu sein den Kontext aufzuzeigen, dass der Kampf um Befreiung abgestraft werden soll und nicht nur Einzelne.

Und das trifft eben nicht nur auf diejenigen zu, die aufgrund bewaffneter Kämpfe oder bewaffneter Aktionen im Knast sitzen, wie Georges oder Marco, sondern eben auch auf Menschen, die aufgrund ihrer Aktivität im alltäglichen politischen Kampf kriminalisiert werden: Sei es am 1. Mai oder wegen Auseinandersetzungen mit PolizistInnen.

Vor diesem Hintergrund müssen wir auch unsere Gegenstrategien entwickeln:

Allgemein heißt das, dass wir die Angriffe nur durch die Entwicklung einer eigenständigen Praxis etwas entgegensetzen können. Denn die Angriffe sollen uns einschüchtern, abschrecken und uns letztlich schwächen, indem uns die Räume genommen werden in denen wir politisch agieren können. Darin zeigt sich auch die Bedeutung einer Ungebrochenheit für draußen: Die Behörden spekulieren auf den Bruch mit der eigenen Identität, um dies als Erfolg in einem ideologischen Kampf zu verkaufen...

### Was heißt das dann konkret für die politische Praxis?

Bei der Kriminalisierung der Straßendelikte geht es vornehmlich darum den öffentlichen Raum im Sinne der Herrschenden besetzt zu halten, um uns diese nicht zu überlassen. Es geht darum uns aus der öffentlichen Wahrnehmung zu verdrängen und das Kampffeld der Straße – des öffentlichen Raums – nicht zu überlassen.

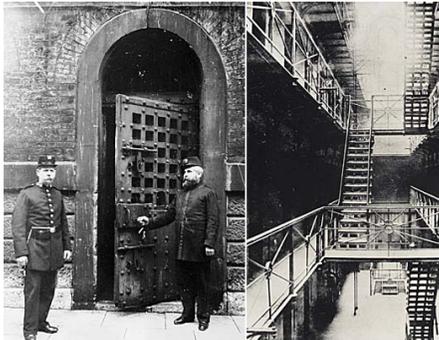
Daraus ergibt sich dann, dass nur der Weg auf die Straße – der Kampf um den öffentlichen Raum – diesen Angriffen etwas entgegensetzen kann und wir nur so aus der beständigen Defensive, in die wir uns gedrängt sehen, uns befreien können: **Der Weg aus der Defensive führt auf die Straße!**



## DAS NEWGATE GEFÄNGNIS

Redaktion

Das Gefängnis Newgate wurde 1188 beim Stadttor Newgate im Auftrag von König Heinrich dem 3. errichtet und 1236 erheblich vergrößert. Der Grund für den Bau war vermutlich ein Ausbruch im Tower of London. Es gelang bewaffneten Gefangenen zur benachbarten Kirche zu rennen und die Glocke zu läuten, woraufhin eine aufgebrauchte Menge Teile aus den Toren und Wänden des Towers ausbrach. Daraufhin musste das Gefängnis wahrscheinlich weiter weg von der Residenz des Königs und der Kaserne.



Das Gefängnis verbrannte beim großen Feuer von London 1666. Es wurde dann wieder aufgebaut und als es gerade erst fertig geworden war, 1783, wurde es während der Gordon Riots erstürmt und alle Gefangenen befreit. Danach wurde es von dem Mob niedergebrannt. Es wurde nochmals wieder aufgebaut.

Newgate war das größte Gefängnis Londons, hauptsächlich wurden dort Taschendiebe, Schuldner, Straßenräuber, Vagabunden, Bettler, Prostituierte und Mörder inhaftiert.

Das Newgate Gefängnis war vor allem durch seine unmenschliche Behandlung bekannt. Folter und Misshandlungen durch das Wachpersonal waren an der Tagesordnung. Wer nicht gefoltert werden wollte oder in eine Zelle mit „gesunden Gefangenen“ wollte, musste bezahlen. Die gesundheitlichen Zustände waren schrecklich. Es kursierten ansteckende Krankheiten und nicht wenige Gefangene überlebten das Gefängnis nicht. Erst die Sozialreformerin Elisabeth Fry konnte im April 1871 Veränderungen herbeiführen wie zum Beispiel die Klassifikation der Gefangenen, weibliche Aufsicht für Frauen und adäquate Bestimmungen für religiöse und säkulare Handlungen.

Im Jahre 1858 wurde das Innere des Gefängnisses mit Einzelzellen ausgestattet.

Eine sehr perverse Praxis verbindet man noch mit Newgate: Die Prozession der zum Tode verurteilten nahm unter dem Geläut der Kirchenglocken ihren Ausgang und führte über mehrere Straßen bis zum Tyburn. Man nannte diese Hinrichtungstage „Tyburn day“, Lehrlinge hatten an diesen Tagen frei und man konnte sich Plätze für eine gute Sicht kaufen. 1783 wurden die Hinrichtungen ins Newgate Gefängnis verlegt, worüber nicht wenige Menschen unglücklich waren.

Newgate war nicht der ausbruchssicherste Knast Englands. Das bewies der englische Räuber Jack Sheppard, der im Jahre 1724 dort drei Mal ausbrach. Andere berühmte Gefangene waren: William Kidd, Rob Roy, Jonathan Wild und Lord George Gordon.

Wie man sieht wurden Personen dort inhaftiert, die der Krone Probleme machten zum Beispiel Rob Roy, der als schottischer Robin Hood ein Volksheld wurde oder Lord George Gordon, der antikatholische Riots anzettelte, in deren Folge Gefängnisse gestürmt und Banken und Zollämter verbrannt wurden. Ansonsten hatte das Newgate Gefängnis dieselbe Funktion die Gefängnisse bis heute noch haben: Mensch soll die Regeln der Herrschenden befolgen ansonsten landet man im Vorhof der Hölle.

Das Newgate Gefängnis war wie viele Gefängnisse heute auch vollgestopft mit Opfern des herrschenden Systems. Wer keiner guten Familie angehörte oder keinen guten Beruf erlernen konnte und deshalb klauen oder auf andere „illegale“ Weise für seinen Lebensunterhalt sorgen musste, landete dort.

Das Gefängnis wurde 1902 geschlossen und 1904 zerstört.

# DER JUNI, DER DIE TÜRKEI ERSCHÜTTERTE

www.political-prisoners.net



Seit dem 31. Mai diesen Jahres sind große Teile der Bevölkerung der Türkei in Bewegung und entgegen brutalster Polizeigewalt und Drohungen seitens des Premierministers Tayyip Erdogan findet ein Aufstand statt, der die bestehende Ordnung in seinen Grundfesten zu erschüttern droht. Seit nun fast einem Monat dauert die Massenrevolte an und ihre Auswirkungen auf die Zukunft des Landes scheinen zunächst ungewiss. Gewiss scheint nur eines zu sein; und zwar dass es nicht weitergehen wird wie bisher.

Die internationale Presse berichtete ausgiebig über den Aufstand und die Reaktion des Staates, die mit ihrer provokativ ignoranten und konfrontativen Antwort auf den Aufstand sogar ausländische Befürworter der Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufstieg) in Entsetzen versetzte und politische Verbündete sowohl in der Türkei als auch im Ausland in Verlegenheit und Erklärungsnot brachte. Denn neben der bisherigen Bilanz des Staatsterrors, die vier Tote, davon drei Demonstranten sowie ein Polizist, und an die 10.000 Verletzte aufweist, besaß Erdogan die politische Dreistigkeit, Lügen, Desinformation und Verschwörungstheorien der peinlichsten Sorte zum Besten zu geben. Der inländischen sowie der internationalen Öffentlichkeit wurde somit allein durch die repressive und demagogisch-verlogene Haltung des AKP-Regimes die Legitimität des Aufstandes vor Augen geführt.

Im Gegensatz zu den augenscheinlichen Ausmaßen des Aufstandes und der staatlichen Repression bleiben in der bürgerlichen Presse-landschaft Fragen nach den tatsächlichen Ursachen des Aufstandes sowie den Erwartungen und Forderungen der Massen, die von bürgerlichen Köpfen zumeist als Angehörige der „Mittelschicht“ über einen Kamm geschert werden, entweder verklärend oder nur unzureichend beantwortet.

## DER JUNI-AUFSTAND

Als die Polizei in den Morgenstunden des 31. Mai 2013 Parkschützer im Istanbuler Gezi-Park angriff, sah zunächst alles nach einem mittlerweile gewohnten Polizei-Einsatz aus. Parkschützer, die sich

gegen die Zerstörung des Parks zugunsten eines Einkaufszentrums im Stile einer osmanischen Kaserne im Park aufhielten, wurden von Polizeikräften mit Knüppeln und Gasgranaten attackiert. Demonstranten wurden gejagt, verprügelt und große Bereiche rund um den Gezi-Park wurden in Gas getaucht.

Es bot sich ein Anblick, der den Menschen in der Türkei geläufig ist. An jedem 1. Mai zum Beispiel erstickt Istanbul von Jahr zu Jahr in den Gasschwaden der Polizei. Protestaktionen, Demonstrationen und Kundgebungen werden vermehrt und wie selbstverständlich mit Polizeiknüppel und Gasgranaten beantwortet.

Was bei Ausbruch der Proteste zunächst „nur“ den Eindruck des Widerstands gegen die Errichtung eines Einkaufszentrums im Gezi-Park erweckte, nahm im Zuge der ersten Juni-Tage umfassendere und radikalere Züge an und es kristallisierte sich eine landesweite Revolte heraus. Trotz der Behauptungen Erdogans, es handele sich um eine Handvoll „Capulcu“ (Aufrührer), die das Volk aufhetzten, widerlegten sogar offizielle Berichte des türkischen Innenministeriums den Premierminister. Diesen zufolge habe der Aufstand 79 von 81 Provinzen der Türkei erfasst und es hätten sich bisher 2,5 Mio. Menschen daran beteiligt. In Anbetracht der Tatsache, dass diese Zahl allein in den Metropolen Istanbul, Ankara und Izmir überschritten worden sein dürfte, kann davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Anzahl der Aufständischen weit darüber liegt.

Aber auch was die inhaltliche Substanz des Aufstandes angeht, wurde diese entweder aus gutmütiger Naivität heraus ausschließlich auf den Schutz des Gezi-Parks reduziert, oder aber aus politischem Kalkül heraus wurden außer den Parkschützern alle anderen Aufständischen als „Provokateure“, „Marginale“ und „Terroristen“ gebrandmarkt. Und obwohl die Wahrnehmung des Aufstandes außerhalb der Türkei neben der umfassenderen Berichterstattung gleichzeitig differenzierter als in der Türkei ausfiel, so beschränkten sich diese zumeist fast ausschließlich auf das Ausstrahlen der Gewaltorgien durch die Polizei und begnügten sich damit, den Aufstand als einen Protest gegen den „Diktator Erdogan und sein islamistisch-konservatives Regime“ darzustellen.

international

## MAI 2013 - AUFSTÄNDE IN SCHWEDEN

Ende Mai kam es in mehreren schwedischen Städten fünf Tage in Folge zu Protesten und Angriffen auf die Polizei und andere den schwedischen Staat repräsentierende Einrichtungen.

Auslöser war der Tod eines 69-jährigen - während einer Razzia durch die schwedische Polizei im Stockholmer Stadtteil Husby in dessen Folge die Bewohner des Stadtteiles demonstrierten und durch die Polizei rassistisch beschimpft und brutal angegriffen wurden.

Nachdem es in den vergangenen Jahren bereits mehrfach zu kleineren Ausschreitungen in Göteborg und Stockholm gekommen war, verbreiteten sich die Aufstände nach diesem Ereignis erstmals gleichzeitig in mehreren Städten landesweit.



So protestierten in den folgenden Nächten vor allem Jugendliche in den sozialen

### Redaktion

Brennpunkten Stockholms, Malmös, Göteborgs und Upsallas gegen die Polizeibrutalität, zerstörten Autos und griffen administrative Gebäude des Staates wie Polizeiwachen und Schulen an. Unterstützt wurden

sie auch durch angereiste solidarische Jugendliche aus Dänemark. Es kam zu zahlreichen Festnahmen.

Von der europaweit zunehmend problematischen sozialen Situation sind auch im einstigen „Wohlfahrtsstaat“ Schweden in erster Linie Migranten und Jugendliche betroffen welche nun ähnlich wie in Frankreich, Großbritannien oder der Türkei beginnen sich gegen diese Zustände aktiv zur Wehr zu setzen und sich davon auch nicht durch die häufig stark ausgebauten Überwachungsmaßnahmen abhalten lassen.



Es mag zwar richtig sein, dass die komplette Erfassung der sozioökonomischen und politischen Entwicklungen in der Türkei, die korrekte Einschätzung der Ausgangsbedingungen, die zum Aufstand führten, und eine realistische Prognose der Zukunft der Aufstandsbewegung schwierig ist. Genauso ist es aber unbefriedigend, sich mit Erklärungsversuchen abfinden zu müssen, in deren Zentrum es einzig und allein um die von der AKP angekurbelte rücksichtslose Stadtumstrukturierung zugunsten des Profits privater Anleger und um die Brutalität türkischer Repressionsbehörden geht. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass tiefgründigere Analysen hinsichtlich des Aufstandes im Laufe der kommenden Zeit veröffentlicht werden.

#### AUCH POLITISCHE, ABER VOR ALLEM SOZIALE URSACHEN

Die AKP pries die Türkei bis jetzt als ein „wirtschaftlich aufstrebendes Land“ an und identifizierte sich als Modell einer „islamischer Demokratie“ für Länder Nordafrikas, des Nahen- und des Mittleren Ostens. Diese beiden Verlautbarungen wurden über die Türkei hinaus zudem medial ausgeschlachtet und es wurde ein neues, „islamisch-demokratisches“ Türkei-Image kreiert. Hinzu kam, dass die AKP mit dem sogenannten „tiefen Staat“ abrechnete und die kemalistischen Putschisten an den Pranger stellte. Und auch damit nicht genug; Erdogan nutzte den Israel-Palästina-Konflikt, um speziell in der Türkei und in islamischen Ländern politisch zu punkten, und er begann „Friedensgespräche“ mit der kurdischen Befreiungsbewegung, welche daraufhin vor kurzem ihre Guerillakräfte aus der Türkei abzog. Deswegen erschien es der AKP und ihren politischen und wirtschaftlichen Partnern als unbequem, der internationalen Öffentlichkeit aber als unlogisch, dass gerade jetzt, wo die Türkei wirtschaftlich als auch politisch stabiler denn je zu sein schien, die Bevölkerung auf die Barrikaden ging.

Hinter den wortgewaltigen Anpreisungen durch die AKP und ihre taktisch kalkulierten Manöver in der Innen- und Außenpolitik, welche an Opportunismus schwer zu überbieten sind, gibt es eine Realität, die außenstehenden BetrachterInnen zumeist verborgen bleibt. Somit ist ein Blick hinter diese künstlich errichtete Fassade nötig, um feststellen zu können, was tatsächlich zum Juni-Aufstand geführt haben könnte. Und mit hinter der Fassade, die seit dem 31. Mai gewaltig bröckelt, ist gemeint, sich die sozialen Lebensverhältnisse der Bevölkerung anzusehen. Denn wenn die sozialen Verhältnisse übersehen oder ausgeblendet werden, bleiben nur politische Beweggründe als Erklärungsansatz zurück, was dann dazu führt, dass der Aufstand auf ein „Anti-Erdogan-Protest“ reduziert wird.

Es gibt mehrere Gründe, weshalb der soziale Faktor nicht nur eine Rolle spielen, sondern neben dem politischen Faktor als ausschlaggebend gesehen werden muss. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass sich Erdogan und seine AKP mittlerweile seit November 2002 an der Macht befinden. Die AKP konnte in den Folgewahlen 2007 und 2011 mit überwältigender Mehrheit gewinnen und stand bisher keiner ernstzunehmenden Opposition gegenüber. Außerdem hat sich die politisch-ideologische Linie der AKP nicht erst in den letzten Jahren herausgeschält, sondern war bereits vor ihrer Machtergreifung allseits bekannt. Außerdem wäre es falsch, die Entwicklungen in der Türkei losgelöst von den Entwicklungen, die sich weltweit bemerkbar machen, zu betrachten. Dafür steht alleine schon die sehr zeitnahe Abfolge der Unruhen in den einzelnen Ländern und ist im Vergleich zu den Jahren davor auffallend hoch. Damit ist gemeint, dass es Ähnlichkeiten bzw. Abweichungen und Unterschiede zu den Aufständen und Protesten in Nordafrika, USA, den Ländern Südeuropas, Irland, Island oder als aktuellstes Beispiel Brasilien geben muss.

Dass sich die politischen Voraussetzungen und die Ausgangslage in den „unruhigen“ Ländern teilweise doch stark voneinander unterscheiden, machte sogar Erdogan stutzig, der in Bezug auf den Aufstand in der Türkei und den Vergleich zum „arabischen Frühling“ darauf verwies, dass es in der Türkei keine Diktatur, sondern eine parlamentarische Demokratie gäbe. Mit der Parole, der „türkische Frühling dauere seit dem 3. November 2002 an“ versuchte er, der entfachten Revolte den Wind aus den Segeln zu nehmen, darauf zu verweisen, dass es dem Land besser als vor dem Regierungsantritt der AKP ginge und seine Anhängerschaft gegen die Aufständischen mobil zu machen.

Wenn davon ausgegangen werden kann, dass die Unruhen weder zufällig ausbrechen noch zufällig zeitlich eng beieinander liegen und wenn festgestellt wird, dass die politische Ausgangssituation in den

jeweiligen Ländern teilweise stark voneinander abweicht, dann bliebe die Frage aufzuwerfen, ob nicht die soziale Komponente, welche durch den Niederschlag neoliberaler Politik und seine Konsequenzen für die große Mehrheit der Menschen noch mehr Ausbeutung, noch mehr Verarmung, noch mehr Empörung und somit noch mehr Repression bedeutet, die maßgebliche Ursache für den Unmut darstellt. Und wenn wir uns erinnern, dass NATO-Strategen zum Ende des vergangenen Jahrhunderts das 21. Jahrhundert als „Jahrhundert der Aufstände“ prognostiziert hatten, könnten wir logischerweise den Schluss ziehen, dass sich die westliche Kapitalisten-Elite bereits vor über einem Jahrzehnt im Klaren über die längerfristigen Auswirkungen ihrer Strategie der neoliberalen Weltordnung gewesen sein dürfte.

#### „MITTELSCHICHTPROTEST“ ODER „KLASSEN-AUFSTAND“

Die gemäßigt-islamistische AKP setzt mit immer rasanterem Tempo neoliberale Politik um und erschafft gleichzeitig seine eigene, AKP-konforme „Mittelschicht“ bzw. sein eigenes, kleines Kleinbürgertum. Angehörige des ursprünglichen, weitaus größeren Kleinbürgertums, die ideologisch am ehesten als republikanisch-laizistisch zu klassifizieren sind, werden dadurch massenhaft verdrängt und rutschen somit in die Reihen des Proletariats ab. Auch junge AnwärtlerInnen des ursprünglichen Kleinbürgertums werden perspektivisch ebenfalls unter das Rad dieser Klassenumstrukturierung geraten und auch sie erwartet die Ausrangierung und ein Platz in den Lohnabhängigen- und Arbeitslosenkolonnen. Dieses „Abrutschen“ von großen Teilen des Kleinbürgertums in die ArbeiterInnenklasse geschieht allerdings nicht nur in der Türkei, sondern ereignet sich im großen Maßstab seit der globalen Krise 2009. Es kann gesagt werden, dass die Revolte in der Türkei auf die Proletarisierung und Verarmung des Kleinbürgertums zurückzuführen ist.

Und welche Zukunft sie erwartet, offenbart ein Blick in die Metropolen der Türkei. Der überwältigende Großteil der städtischen Bevölkerung lebt durch die Veräußerung ihrer Arbeitskraft oder durch die Ausbeutung der Arbeitskraft Dritter. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es keine Arbeit mehr, die den Fähigkeiten und der Qualifizierung entspricht. Und im Falle einer Beschäftigung gibt es unabhängig vom Bildungs- und Qualifizierungsgrad keine Sicherheiten. Deswegen gibt es keine Arbeitsbedingungen, die der Menschenwürde entsprechen. Hinzu kommt, dass gemeinsam genutzte, öffentliche Räume durch Privatisierung und Großprojekte stetig abnehmen. Der Unmut wächst.

Wenn zudem noch in Betracht gezogen wird, dass sich neben dem verdrängten Kleinbürgertum, welches sich seiner perspektivischen Zugehörigkeit zum Proletariat noch nicht bewusst zu sein scheint, auch große Teile des Proletariats dem Aufstand angeschlossen haben, kann nicht mehr von einem „Mittelschichtprotest“ gesprochen werden. Es ist ein Aufstand, der objektiv gesehen von einer Bewegung mit einem klaren und ausgereiften Klassencharakter getragen wird und Forderungen beinhaltet, die die bestehenden Verhältnisse ablehnen.

Wie die Zukunft dieser jungen und heterogenen Bewegung aussieht, kann nicht vorausgesehen werden. Unstrittig ist aber, dass die gemeinsame Aktion sie zusammengebracht hat. Diese Bewegung hat einen Aufstand vollzogen, der die Regierung gelähmt und vollkommen aus dem Konzept gebracht hat. So sehr, dass sie ihre Masken fallen ließ und der Welt erneut ihr faschistisches Gesicht zeigte.

Unstrittig ist zudem, dass die Bewegung nach den Wochen des Aufstandes nun eine Phase der Reflexion und Selbstfindung brauchen wird. Dazu finden landesweit Foren statt, wo die Basis zu Wort, zur Geltung und zur Aktion kommt. Ob sich das in einer Organisation niederschlägt, bleibt abzuwarten.

Und unstrittig ist, dass diese Regierung, die sich gewaltsam dagegen sträubt, die historischen und gesellschaftlichen Veränderungen zu erkennen, nicht in der Lage sein wird, das Land langfristig zu regieren.

**Redaktion**

Linktipps:  
[www.sendika.org](http://www.sendika.org)  
[www.capul.tv](http://www.capul.tv)  
[www.nabermedya.tv](http://www.nabermedya.tv)



## Erlebnisbericht aus Stammheim von Ronald Haug

### Der blaue Punkt, Paradoxie im Knastsystem oder bewusste Unterdrückung / Stigmatisierung?

Der blaue Punkt ist kein Zeichen, was für Umweltverträglichkeit oder ein qualitativ hochwertiges Produkt steht. Der blaue Punkt ist am Namensschild neben einer Zelle in der JVA Stammheim angebracht um den Menschen, der in dieser Zelle eingesperrt ist, als Selbstmordgefährdeten erkenntlich zu machen. Das heißt für jeden Beamten und Mitgefangenen ist an der Tür zu sehen, dass ein vermeintlich psychisch Kranker oder Selbstmordgefährdeter hinter der Zellentür einsitzt. Leider hat dieser Punkt nicht nur eine stigmatisierende Wirkung, sondern er führt auch zu negativen / paradoxen Maßnahmen. Ich selbst kann ein Lied davon singen, ich habe in vier Monaten sage und schreibe den Punkt dreimal bekommen und wurde ihn zum Glück auch wieder los. Ganz abgesehen davon, dass die Ungewissheit bezüglich der eigenen Zukunft, die ständigen Entmündigungen und Demütigungen in der U-Haft nicht gerade förderlich für eine positive Lebenseinstellung sind, bringt der blaue Punkt „Sicherheitsmaßnahmen“ mit sich, die negatives Denken fördert.

Jeder Häftling, der direkt von draußen in die JVA eingeliefert wird, bekommt den blauen Punkt. Wenn man die deutsche Sprache beherrscht, man sich informiert kann, was der Punkt bedeutet, kann man ihn am Anfang relativ leicht durch ein Gespräch mit dem Arzt oder Psychologen wieder weg bekommen. Man muss einen Antrag stellen, die Begründung hinzufügen und den Beamten geben. Das heißt jeder, der mit dem Psychologen reden will, muss sich zum Teil auch dem diensthabenden Beamten, der den Antrag weiter leitet, offenbaren. Gegenüber Beamten gibt es wenig Anonymität. Es ist sehr wichtig den Punkt los zu werden, da er im reglementierten und entmündigten Alltag noch mehr Nachteile mit sich bringt.

Nicht nur, dass Gefangene einen meiden, auch sonst bringt er erhebliche Einschränkungen mit sich. Man darf keine Einzelzelle haben und muss in einer Gruppenzelle (4 Mann) einsitzen. Meist wird dabei nicht darauf geachtet, was für Charaktere zusammen gesteckt werden. Gehen alle der Mitinsassen einer Zelle morgens auf den Hofgang muss der mit dem Punkt entweder mit oder er wird in dieser Zeit zu irgendjemand in eine Zelle gesteckt. Er muss immer unter Beobachtung sein, er könnte sich ja sonst umbringen. Bei meinen Beobachtungen wäre das allerdings kein Problem gewesen, da fast immer meine Mitinsassen (ohne Punkt) Schlafmittel bekommen haben, ich habe keine genommen, weil ich sie nicht wollte. Da jeder Einwegrasierer bekommt, hat auch jeder die Möglichkeit an eine Klinge zu kommen. Das heißt nachts, bei Tiefschlafenden Mitinsassen hat man alle Möglichkeiten, was auch schon häufig genutzt worden ist.

Dazu kommt, dass jemand mit Punkt bei keiner Gruppe / Freizeit teilnehmen darf. Er ist also 23 Stunden eingesperrt und hat keinen sozialen Austausch und ist ständig mit immer den selben auf Zelle. Wie schon erwähnt, auf die Charaktere, die auf Zelle aufeinander geraten, wird nicht geachtet. Die einzige regelmäßige psychologische „Hilfe“, die man bekommt sind Medikamente, Antidepressiva, Beruhigungs- und Schlafmittel.

Es gibt keine speziellen Gruppen, keine Maltherapie oder Bewegungs- und Sporttherapien. Zu den Psychologen muss gesagt werden, sie haben keine Schweigepflicht. In keinem mir bekannten Fall wurde ein Patient / Gefangener darüber aufgeklärt. Nur weil ich gezielt nachgefragt habe, sah sich ein Psychologe schon fast genötigt mir das zu sagen. Das dieser Umstand, gerade in einer JVA das Vertrauensverhältnis stören kann, liegt auf der Hand.

Dazu habe ich das passende Beispiel, was mir passiert ist: Ich habe einmal eine Unterschriftensammlung organisiert, weil Beamte nachts an die Türen von verschiedenen Gefangenen geklopft haben oder den Schlüssel in das Schloss gesteckt hatten und ein

Tür öffnen vortäuschten. Mehr als zehn Mitgefangene haben mit unterschrieben und bestätigt, dass dies bei ihnen ebenfalls vorgekommen ist. Nach Abgabe der gemeinsamen Beschwerde hat mich noch am selben Tag der Psychologe angeschrieben beziehungsweise zu sich kommen lassen. Bei dem Gespräch wollte er mir unterstellen, dass ich das frei erfunden habe, weil er sich nicht vorstellen könne, dass seine „Kollegen“ so etwas machen würden. Nach diesem Satz habe ich das Gespräch abgebrochen und bin auf meine Zelle gegangen. Danach habe ich nie wieder freiwillig mit diesem Psychologen ein Gespräch geführt, zumal kurz darauf ein Beamter vom Sicherheitsdienst zu mir auf Zelle kam und meinte: „So, so, sie hören also Stimmen.“ Ich bin ihm ins Wort gefallen und habe ihn gebeten meine Zelle zu verlassen. Noch am selben Tag wurde ich verlegt mit der Begründung, ich hätte die anderen Gefangenen genötigt zu unterschreiben. Daraufhin wurde mir klar, was der „psychologische Dienst“ für eine Aufgabe hatte.

Ich möchte nicht jedem Psychologen Inkompetenz und Parteilichkeit unterstellen, der in einer JVA angestellt ist. Dennoch muss im Fall Stammheim und auch anderen U-Haft-Knästen dem psychologischen Dienst mit Vorsicht begegnet werden. Es ist auch so, wenn man den Stempel des psychischen Kranken / Selbstmordgefährdeten hat, ist es nicht nur schwer ihn wieder los zu bekommen, man wird leicht als unzurechnungsfähig eingestuft. Der Staat bekommt weitgehendere Befugnisse, als über einen Menschen, der „nur“ Gefangener ist. (Erst kürzlich ist in Bayern ein Fall an die Öffentlichkeit gekommen, wo raus kam, dass ein Mann in die geschlossene Psychiatrie eingesperrt wurde, weil er behauptete, ich glaube es war die Commerzbank, habe Steuern hinterzogen. „Welch absurder Gedanke“, dafür hat der Richter ihn einweisen lassen. Es würde mich wundern, wenn das ein Einzelfall wäre!) Viele U-Haft Gefangene lassen sich täuschen und glauben es würde sich positiv vor Gericht auswirken, wenn man den Psychologischen Dienst in Anspruch nimmt. So lange man irgendwie mit der Situation klar kommt, sollte man das nicht tun, es kann und wird häufig gegen einen benutzt. Trotz Zensur habe ich, und werde, es mir nicht nehmen lassen meinen Freunden mitzutellen, wie es mir geht und was mir im Kopf spuckt. Das kann Probleme bringen, anstelle zu schreiben, wie „toll“ es hier ist, wie „sehr“ es mir hier gefällt, habe ich „seltsamerweise“ über Perspektivlosigkeit, über Gedanken der Selbstaufgabe geschrieben. Im selben Brief aber auch erwähnt, dass mir Bücher und Schriften von anderen langjährigen Gefangenen, geholfen haben Strategien dagegen zu entwickeln. Außerdem habe ich über die Zeit nach dem Gefängnis nachgedacht. Jetzt endlich habe ich mich meinen Freunden mitgeteilt, dass ich mich nicht aufbeuge und versuche an die Zukunft zu denken. Von der Staatsanwaltschaft wurde natürlich nur das Negative hervorgehoben, hat die Anstalt informiert, so hatte ich wieder den blauen Punkt. Ich bekam sofort besondere Sicherungsmaßnahmen, durfte an keinen „Freizeiten“ mehr mitmachen, nur noch Hofgang. Wie schon erwähnt, kam ich paradoxer Weise in eine 4-Mann-Zelle, wo alle außer mir Antidepressiva / Schlafmittel bekommen haben. Bis dahin habe ich täglich Krafttraining gemacht, beantwortete täglich Briefe, las viele Bücher. Auch habe ich an der Mal-, Schach- und Sportgruppe teilgenommen. Mit den Gruppen war es von einem auf den anderen Tag vorbei. Ich kam in eine Zelle, im Vergleich war in jeder Leichenhalle Partystimmung. Meine ganzen Aktivitäten, mein Interesse an dem Leben draußen sprechen gegen jede Selbstmordthese, aber der Psychologe hat sich nicht überzeugen lassen, so wurde ich von ihm in diese Zelle verlegt. Der Anstaltspfarrer und eine Beamtin haben sich für mich eingesetzt, so dass ich nach ca. 1 ½ Monaten den Punkt wieder weg bekommen habe. Es muss festgestellt werden, dass das System den blauen Punkt einem psychisch Kranken und vermeintlich Selbstmordgefährdeten eher schadet und ihm nicht hilft. Für die Anstalt hat er eher eine Alibifunktion und ist bestens im Unterdrückungs- und Demütigungssystem integriert. Man wird mit Psychopharmaka vollgestopft, man darf an keinen Gruppen, Sport oder der Arbeit teilnehmen, man wird stigmatisiert und der soziale Kontakt wird minimiert.

Es wäre besser, der blaue Punkt würde für die Umweltverträglichkeit oder die Qualität eines Produktes eine Aussage wert haben und nicht als Zeichen dienen um Menschen abzustempeln. Bin mal ge-

spannt, wie lange ich jetzt ohne blauen Punkt bleibe...

Ich schreibe weiterhin, was ich denke, ob positiv oder negativ. Meine Gedanken sind frei!

Lebensfrohe Grüße aus Stammheim!  
Rony

Anm. d. Redaktion: Wir freuen uns, dass Rony nicht mehr im Knast ist.



### Brief von Mark Altmeyer zu Alltagsrassismus

Ich laufe von meiner täglichen Sklavenarbeit zurück in den Bau, in dem ich vegetiere. Ich genieße die kurzen 10 Minuten, in welchen mich

Bäume, Sträucher, Rasen und Vogelgezwitscher umgeben. Je näher ich an die Bauten komme, umso mehr werde ich tagtäglich in die Realität zurück geholt.

„Frag mal den Kanacken neben Dir, ob er mit zum Sport geht.“ Ich: „Der heißt Osman...!“

„War ja nur Spaß....“

„Frag mal, ob der Neger sein Abendessen schon geholt hat.“ Ich: „Das heißt Schwarzer und der heißt Emeka!“ „War ja nur Spaß!“

„Jetzt hat der Jude die Preise schon wieder erhöht.“ Ich glaube nicht, das der Kaufmann jüdischer Herkunft ist!“ „War ja nur Spaß!“

### Alltagsrassismus = Spaß???

Bald entdecken „sie“ noch, dass es ein Nazi-Netzwerk hinter Gittern gibt! Ich kann gar nicht so viel essen, wie ich kotzen könnte. Pünktlich zum NSU-Prozess entdecken die feinen Politiker ein Netzwerk der Braunen im Knast, vor welchem schon 1996 gewarnt worden ist. Ich kann nur jedem Menschen (hinter Gittern) raten, den brauen Sumpf öffentlich zu machen. Ein Nazi mit Tattoos, die er stolz trägt? Werdet bei der Anstaltsleitung vorstellig und lest denen den § 86a StGB vor! Ein Nazi, der durch seine hohlen Parolen auffällt? Therapiert ihn, in dem er öffentlich laut angesprochen wird! Wir werden es nicht schaffen, den verdammten Rassismus zu verbannen, wenn die Nazis immer wieder die Möglichkeit haben, die Menschen zu erreichen. Wir brauchen den Nazis nicht dauernd auf Demos hinterherfahren, wenn wir sie vor unser Haustür nicht stoppen können.

KEINE STILLSCHWEIGENDE SOLIDARITÄT!  
MACHT DAS MAUL AUF!  
Mit Feuer im Herzen und Wut im Bauch !

### ► Schreibt den Gefangenen!

Mark Altmeyer  
Stadelheimer Straße 12,  
81549 München



### Brief von Tommy Tank zu seiner weiteren Verurteilung von 2 Monaten

Hi lieber .....

erstmal recht herzlichen Dank, dass Du mir in der Gerichtsverhandlung als kritischer Zuschauer beigestanden hast. Ich hab mich auch sehr über .... Erscheinen gefreut. Mir tat das gut, Euch zu sehen und zu wissen, nicht allein zu sein.

Sicher schickst Du mir, was die eine Pressevertreterin der Bevölkerung mitteilt. Das interessiert mich schon.

Dieser Sch...-B. hat tatsächlich darauf beharrt, ich hätte mit der

Faust nach ihm geschlagen. Das ist so nicht richtig. Zwar war ich sehr aufgebracht, aber jemanden geschlagen habe ich nicht und es auch nicht versucht. Es gab einfach keinen Faustschlag. Na ja, zwei Monate sind besser als 7 Monate, auf die meine Anwältin Rita Belter mich anfangs einstellte.

Das Gericht hat es gar nicht interessiert, welche rechtswidrigen Maßnahmen die Anstalt gegen mich im Zusammenhang mit der Bestrafung unternahm. Mein Rechtsbeistand hat schon vermutet, das Gericht könnte die Behauptung als wahr unterstellen. Damit kam aber nicht in ausreichendem Maße zur Sprache, dass die JVA Torgau rechtswidrig und willkürlich ein Verbot aussprach, die eigene Kleidung tragen zu dürfen. Absehbar. Ich will mich da nicht weiter aufregen, weil es zwecklos wäre. Nun ist der Entlassungstermin auf Ende August 2014 gerutscht.

Du musst Dir das mal vor Augen führen: selbst die JVA Torgau ging zum Zeitpunkt der Disziplinarbestrafung nicht davon aus, ich hätte einen B. geschlagen. Sie beschrieb in einer Stellungnahme, die meine Anwältin verlesen lassen wollte, die Bestrafung sei wegen der Beleidigung erfolgt und es sei berücksichtigt worden, dass die Verletzung des Beamten nicht willentlich erfolgte, sondern aus dem Bedürfnis heraus, sehen zu wollen, was vor der Luke vor sich geht. Damit wollten die Justizleute bei Gericht sich nicht befassen, darum lehnten sie diesen Beweisantrag ab. Klar. Die Richterin hatte keinen Bock auf Wahrheitsfindung und auf einen zweiten Verhandlungstag, sondern sie wollte ihr Urteil sprechen, um mein aufmüpfiges Verhalten schnellst möglich und unkompliziert abzustrafen.

Dresden 26.04.2013

### ► Schreibt den Gefangenen!

Tommy Tank  
JVA Dresden  
Hammerweg 30  
01127 Dresden



### Brief von Daniel Picciolo über das Leben in Freiheit

Ich bin jetzt seit über 1 Monat komplett in Freiheit und ich muss sagen, es ist Scheiße! So ein abgefuckte mit den Ämtern und wie ein Hund

hinter allem herrennen, zum Kotzen echt. Die Gesellschaft ist so extrem geworden mit ihrer Arbeit und der Staat hat immer Recht - so übertrieben versnobt, dass ich am liebsten kotzen würde. Tanzt man da ein wenig aus der Reihe, will niemand mehr mit einem was zu tun haben. Auch meine Einstellung zur Arbeit finden alle schlecht. In meinen Augen sind das Köter, die nach der Pfeife der Anderen tanzen, also eher bemitleidenswert.

An dieser Stelle möchte ich mich bedanken für die solidarische Unterstützung:

- bei der Linkspartei,
- der Roten Hilfe und
- dem Gefangenen Info, die beide klasse Arbeit leisten,
- die Interessenvertretung Inhaftierter (IVI), die konsequentes Engagement praktizieren,
- der Verein „Freiabo`s für Gefangene“, durch den kostenlosen Bezug von Zeitungen konnte ich mich politisch weiter fit halten,
- die Gefangenen Roland (Schwarzenberger), Thomas (Meyer-Falk), Pit (Scherzl), Sonja (Suder) und Tommy (Tank) und Max haben mich hinter Mauern durch Briefe aufgemuntert und damit wachgehalten,

draußen hat Uwe viel für mich gemacht, was nicht selbstverständlich ist, ebenso Wolfgang (vom Gefangenen Info), der mich bei meinen Fragen und Initiativen beraten hat, ebenso der Genosse Max, auch möchte ich meine Familie, Verwandte und Mitglieder von Vereine und Soli-Werkstätten erwähnen...

Vielen Dank Euch Allen. Werde weiterhin aktiv bleiben !  
die besten Grüße von mir,

IvI-Repräsentant Daniel Picciolo  
P. S. Gute Besserung an Nurhan. Ich hoffe, dass es ihr besser geht.

*Anm. d. Redaktion: Daniel (23), wurde wegen Raubüberfällen/Be-  
schaffungsdelikten zu vier Jahren Haft verurteilt.*

*2 Jahre und 3 Monate war er inhaftiert in Stuttgart-Stammheim und in  
der JVA Adelsheim. Danach zwangsweise in einer Drogentherapie für  
die Dauer von 10 Monaten in verschiedenen Therapieeinrichtungen.*



### Brief von Gülaferit Ünsal vom 30. Mai 2013

Hallo,

ich bedanke mich für deinen Brief. Ich hatte es  
in meinem Brief an das Netzwerk Berlin bereits  
erwähnt ; am 16. Mai ging mein Prozess zu Ende. Ich wurde zu 6,5  
Jahren verurteilt. Die Bundesanwaltschaft hat 8 Jahre gefordert. Ich  
habe im Prozess eine Verteidigungsrede gehalten.  
Da diese eins zu eins übersetzt wurde , hat sie 6 Stunden gedauert.  
Das Gericht hat die 6,5 Jahre für die Zeit vom „30.8.2002 - 11.2003“  
gegeben.

Wir haben Widerspruch beim BGH eingelegt. Die BAW soll auch Wi-  
derspruch eingelegt haben.

Grüsse  
Gülaferit Ünsal

### Meine Message zum Film „Film `Typ F`“

Die „F-Typ“- und generell die Zellengefängnisse wurden errichtet,  
um die Köpfe zu erobern und zur Bewusstseinsänderung zu zwingen.  
Isolation, Liquidation und Zerstörung sind eine amerikanische Politik,  
die weltweit angewandt wird.

Der Kampf der Völker der Türkei, und speziell der Kampf der „freien  
Gefangenen“, hat gezeigt, dass man gegen diese Politik Widerstand  
leisten kann.

Um gegen einen Angriff Widerstand leisten zu können, muss man ins  
Auge fassen, dass man einen Preis zahlt.

Der Grund, weshalb das gewollte Ergebnis der F-Typ-Gefängnisse  
nicht realisiert werden konnte, ist dieser Preis, der gezahlt wurde.  
Kein Recht und keine Freiheit, kein Sieg wurde den Völkern der Welt  
auf einem goldenen Tablett serviert.

Diejenigen, die Geschichte schreiben und das letzte Wort sagen sind  
immer die Widerstandsleistenden.

Wichtig ist, trotz aller Aggressionspolitik und den Lügen bezüglich des  
Friedens, ins Auge fassen zu können, allein zu sein und den Weg,  
den man als richtig ansieht, zu verfolgen.

Historisch und wissenschaftlich ist jede wahre und gerechte Idee im-  
stande, sich wieder und wieder zu erschaffen.

Die wahre Kraft ist der Wille des Menschen, welcher mit Wissen und  
Vertrauen ausgestattet ist.

Es konnte bisher keine Waffe erfunden werden, welche diesen Willen  
besiegen könnte.

Ich gedenke mit Respekt den Märtyrern, die dies den Völkern der  
Welt gezeigt und ihren Platz in der Geschichte eingenommen haben  
und grüße alle politischen Gefangenen, die sich den F-Typ- Gefäng-  
nissen nicht beugen und in den Gefängniszellen überall in der Welt  
Widerstand leisten.

**Nein zum Paragraphen 129 b!  
Freiheit für alle politischen Gefangenen!**

Gülaferit Ünsal

---

#### ► Schreibt den Gefangenen!

Gülaferit Ünsal  
JVA für Frauen  
Alfredstr. 11  
10365 Berlin - Lichtenberg

---

## AUFRUF

### „1000 HERZEN FÜR GÜLAFERIT“

Nach 2-jähriger U-Heft wurde vor kurzem in einem im wahrsten Sinne  
des Wortes als ‚getürkt‘ zu bezeichnendem § 129-Verfahren unser  
aller Mitstreiterin für freies, selbstbestimmtes Leben, Gülaferit Ünsal,  
wegen sog. ‚Spendensammelns‘ für die DHKP-C zu 6.1/2 Jahren Haft  
verurteilt.

Unserer und zudem fester Überzeugung nach handelt es sich bei den  
kriminalisierten ‚Aktionen‘ der hier in Deutschland verbotenen und  
verfolgten Organisationen jedoch ‚lediglich‘ um völlig gerechtfertigte  
Notwehrhandlungen von Opfern des sie brutalst unterdrückenden,  
folternden türkischen Regimes. Dass es sich bei Gül beileibe um kei-  
nen sog. Einzelfall handelt, sondern vielmehr um ein perfide agieren-  
des System, beweisen die Verurteilungen von Nurhan, Cengiz, Sadi  
und Faruk (u. a.).

Macht sich die hiesige Justiz zu willfährigen ‚Bütteln und Erfüllungs-  
gehilfen‘, indem sie im Namen des Deutschen Volkes (welches mit  
allem eher nichts zu tun hat ... und das von alledem ganz offen-  
sichtlich auch gar nicht so viel mitbekommen soll, wie die spärlichen  
Berichte in den Medien beweisen) unliebsame Kritiker/Innen des tür-  
kischen Folterstaates nicht nur diskriminiert, sondern auch wegsper-  
rt ??? Ist all dies vielleicht „kollegiales Dankeschön“ unter Politikern ....  
vielleicht ein insgeheimes ‚Abkommen‘ und ‚Bonus‘ zwischen Verkäu-  
fer und Hauptabnehmer deutscher Waffen a la Germony ? Wäre  
es anders - würde es dann zu derartigen Anklageerhebungen und  
solchen Verurteilungen kommen ??? Es lässt sich schlüssig nicht  
nachweisen, aber es spricht viel für die Richtigkeit derartiger Vermu-  
tungen.

Neben der ohnehin bestehenden obligatorischen Forderung nach Ab-  
schaffung aller Knäste fordern wir die sofortige und unbedingte Frei-  
lassung aller hiervon betroffenen Gefangenen. Und zu deren Schutz  
vor weiteren Repressalien in der Türkei ein lebenslanges Bleiberecht  
in Deutschland. Auch müssen an die durch solche Verurteilungen be-  
troffenen Gefangenen Wiedergutmachungszahlungen in mindestens  
6-stelligem Bereich pro Haftjahr gezahlt werden. Das wäre tatsäch-  
lich das Mindeste. Wir rufen hiermit zu jedweden geeignetem Protest  
und sonstigem Widerstand auf, der dies bewirken könnte !!!!

Neben tatsächlicher Unterstützung (...) erbitten wir Soligrüße in Form  
aufgeklebter oder gemalter Herzen in zahlreicher Post an Gülafe-  
rit Ünsal, JVA Alfredstr. 11, in 10365 Berlin, durch die wir der mit-  
lesenden und sich mitschuldig machenden Richterschaft verdeutli-  
chen wollen, für wen und was (sich) unsere Herzen ‚schlagen‘. Und  
wengleich auch auf anderer Ebene (...) sollten wir alle hierbei auch  
nicht die in der JVA Obere Kreuzackerstr.4 in 60435 Frankfurt/Main  
eingekerkerte Sonja Suder vergessen, die in jedwede Protestaktion  
ebenso mit einbezogen werden muss, wie die immer stärker werden-  
de dreiste staatliche Einschüchterungs-Hatz auf linke und sonstige  
widerständige Bewegungen in Deutschland, der zum Wohle Aller un-  
bedingt Einhalt und Paroli geboten werden muss. Sonst könnte es  
zukünftig derart sein, dass solche ‚unliebsamen Personen‘ vielleicht  
beim nächstem Urlaub in der Türkei in dortigen Knästen verschwin-  
den. Für ein paar zusätzliche Uzi's ... ist doch nichts unmöglich. Man  
hilft sich halt, die Macht zu erhalten.

HERZlichste und tief SCHWARZ geBLOCKte Grüße vom überzeug-  
ten Teil der „5 Finger = Faust“ Strategie an alle Unterstützer/Innen  
dieses Aufrufs.

Interessenvertretung Inhaftierter (IvI.)  
Postfach 1267  
56451 Westerburg  
kontakt@ivi-info.de